

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

37 (13.2.1914) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 85 P.; am Postkassent 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postkassent Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 A. Basalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 4/9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Neuwahlen.

Neuwahlen?
Ehe in Offenburg-Stadt der Stichwahlentscheid zwischen dem Zentrumskandidaten und dem nationalliberalen Bewerber fiel, ist in Zerichow 1 und 2 am Dienstag die Hauptschlacht geschlagen worden und in der nächsten Woche werden die Entscheidungen von Köln-Land, später von Borna-Begau folgen. Der Ausfall dieser vier Neuwahlen ist politisch um so bedeutungsvoller, als durch ihn die Stimmungen der Wählerschaft in den verschiedensten Teilen des Reiches zum Ausdruck gelangen. Auch die Stichwahlaktive der ersten Wahlgang ausgefallenen Parteien bildet den Gegenstand lebhafter Erörterungen.

Weit günstiger als in Offenburg-Stadt hat die Sozialdemokratie in Zerichow abgekehrt. In Offenburg hat sie Stimmen verloren, in Zerichow hat sie dagegen ihre Stimmenzahl gegen 1912 noch erhöht, obgleich sie von 1907 bis 1912 nicht weniger als 43 Prozent an Stimmzahl zugenommen hatte. In Offenburg war es von vornherein klar, daß der Sozialdemokrat zur Zeit keine Aussicht hat, das Mandat zu gewinnen, das Interesse konzentrierte sich hier von vornherein auf das Ringen zwischen Nationalliberalen und Zentrum. In Zerichow galt es einen vorerst neuereoberten Besitzstand zu verteidigen, und hier hat sich die Partei in einer Weise bewährt, die auch die Gegner überrascht. Man darf annehmen, daß nicht Offenburg, sondern Zerichow das richtige Bild von der in den Massen herrschenden Stimmung gibt, und man darf hoffen, daß der Ausfall der Wahlen in Köln-Land und Borna-Begau diese Annahme bestätigen wird.

Wenn sich die Partei in den beiden noch ausstehenden Wahlen ebenso glänzend bewährt wie in Zerichow, so tritt dagegen die Frage des Mandatgewinns weit in den Hintergrund. Namentlich wird in Zerichow diese Frage nicht von der Sozialdemokratie allein entschieden werden. Allerdings hat hier die Partei vor den Konservativen einen Vorsprung von einigen Hundert Stimmen, so daß die Stimmhaltung der Liberalen schon genügen würde, um den Übergang dieses Mandats an die Rechte zu verhindern. Aber mit einer Stimmhaltung ist nicht zu reden, vielmehr ist zu erwarten, daß die Wählerschaft der Liberalen zum Teil ins konservative, zum Teil ins sozialdemokratische Lager übergehen wird. Nach welchem Teilungsverhältnis diese Spaltung erfolgt, ist für den Ausfall der Stichwahl entscheidend. Jedenfalls steht die Sache so, daß die Konservativen das Mandat nicht holen können ohne direkte und ausgiebige liberale Hilfe. Für den Wahlausfall tragen somit die Liberalen die volle Verantwortung.

Die nationalliberale „Magdeburger Zeitung“ kündigt an, daß die Nationalliberalen ausnahmslos in der Stichwahl für den Konservativen eintreten werden. Sie vergißt nur, hinzuzufügen, daß die Nationalliberalen das zum großen Teil schon in der Hauptwahl getan haben. Der Stimmenerlust des fortschrittlichen Kandidaten und der überraschende große Gewinn der Konservativen wird allgemein auf den Umstand zurückgeführt, daß die Nationalliberalen schon im ersten Wahlgang für den Konservativen gestimmt haben. Auch der nationalliberale „Deutsche Courrier“ gibt das offen zu und meint, daß die schützengegnerische Haltung der Fortschrittspartei im allgemeinen — ihr Kandidat Kobelt hat sich selber freilich als Schutzgänger bekannt — an diesem Bruch der liberalen Gemeinbürgerschaft die Schuld trage. Das „Berl. Tageblatt“ fügt dem aus eigener Wissenschaft hinzu, daß das Auftreten nationalliberaler Redner zugunsten des Fortschrittskandidaten durch die beiden nationalliberalen Landtagsabgeordneten, Schiffer und Gusion, verhindert worden sei. Danach haben die Nationalliberalen im Kreise von vornherein das Spiel des Konservativen gegen die Fortschrittler gespielt.

Nun sollen die Fortschrittler hollen, was die Nationalliberalen begannen. Diese verhinderten, daß der Fortschrittskandidat in die Stichwahl kam, die Fortschrittler sollen nun in das Lager der Rechten übergehen und ihr das Mandat ausliefern, das sich bisher in den Händen der Sozialdemokratie befand. Man darf sich wundern, daß die Fortschrittspartei gegen diese Taktik nicht sofort eine einheitliche und entschiedene Stellung gefunden hat. Immerhin schreibt das „Berl. Tageblatt“:

Die Stellung des Liberalismus für die engere Wahl ergibt sich von selbst. Seit den allgemeinen Wahlen von 1912 hat sich an der politischen Situation höchstens insofern etwas geändert, als das Verhalten der Reaktion gegenüber dem Bürgertum noch herausfordernder geworden ist. Ihr jetzt auch nur durch Passivität ein Mandat zufallen zu lassen, wäre politischer Selbstmord für das Bürgertum, da jeder konservativ-stimmige Zuwachs im Reichstag die Linksmehrheit, auf welcher der Einfluß des Liberalismus dort beruht, erschüttern kann. Darum gilt es — so wenig auch der Liberalismus mit den Zielen der Sozialdemokratie zu tun hat — sich für das kleinere Übel zu entscheiden und für die Stich-

wahl alle freiheitlichen Kräfte zusammenzufassen, um dem seitherigen Vertreter, dem Sozialisten Haupt das Mandat zu erhalten.

Für einen Liberalen, der nicht gänzlich von Rotfäulen geblendet ist, sollte eine andere Stellungnahme kaum möglich sein. Wenn die Mehrzahl der Liberalen Wähler trotzdem ins reaktionäre Lager übergehen sollte, dann würde man gewiß Gerüchte, die am Mittwoch im Reichstag verbreitet waren, vielleicht doch ernst nehmen müssen, als sie es einstweilen verdienen.

Im Reichstag wurde nämlich erzählt, daß die Einbringung der Ausnahmegeetze gegen Elsaß-Lothringen unmittelbar bevorstehe, und daß ihre mit Bestimmtheit vorauszusehende Ablehnung zu einer Auflösung des Reichstags benutzt werden sollte. In den Kreisen, von denen dieser Plan ausgeht, rechnet man darauf, durch diesen Stoß eine Desorganisation der Mittelparteien herbeiführen zu können, die nicht der Sozialdemokratie, sondern der Rechten zugute kommen würde. Soviel Wahres oder auch Falsches an solchen Gerüchten sein möge, jedenfalls sucht man an gewissen Stellen nach einem Konfliktstoff, um den Reichstag von 1912 verschwinden zu lassen und einen andern an seine Stelle zu setzen, der den Wünschen der extremen Schutzgänger besser entspricht.

Der nationalliberale Zuwachs, den sie in Zerichow erzielten, hat den Konservativen den Kampf mächtig erschweren lassen. Wenn nun bei der Stichwahl auch die Fortschrittler ihre Geschäfte besorgen, werden sie sich erst recht als Herren der Situation fühlen; Erneuerung der schwarz-blauen Mehrheit im Reichstag mit liberaler Hilfe winkt ihnen dann als greifbare Aussicht. Dann wird aber auch bald für sie und ihre Helfer in den verbündeten Regierungen der Tag kommen, an dem es für sie heißen wird: Jetzt oder nie!

Darum hängt vom Ausfall der Februar-Neuwahlen außerordentlich viel ab. Mögen sie den Gegnern die Gewißheit bringen, daß der Tag des nächsten allgemeinen Treffens die Sozialdemokratie besser gerüstet auf dem Kampfplatz finden wird, denn je!

Deutsche Politik.

Eine bahemittische Kundgebung.

Das Zentrum scheint die Absicht zu haben, aufs Ganze zu gehen und seine sogenannte Unabhängigkeit von Rom mit noch größerem Nachdruck betonen zu wollen, als es schon durch den Aufruf des Reichsausschusses vom vorigen Sonntag geschehen ist. Für den kommenden Sonntag ist eine Versammlung nach Essen einberufen, die aus dem ganzen Reich befehligt werden soll und in der der Reichstagsabgeordnete Marx und der badische Zentrumsführer Wader reden werden. In der Ankündigung dieser Demonstrationsversammlung heißt es:

Wie einst an der Schwelle des neuen deutschen Reiches unmittelbar vor dem Nienkamp mit Frankreich, aber gleichzeitig am Vorabend des größten kirchenpolitischen Konflikts mit seinen tiefstschmerzlichen Verheerungen, von Essen aus der Ruf zur politischen Sammlung ergangen ist, so soll auch Essen jetzt wieder der Schauplatz der ersten gewaltigen Kundgebung dafür sein, daß das Zentrum das vom Feinde niemals befreit wurde, von falschen Freunden nicht in die Irre geführt und verraten werden soll.

Sicher wird die Kundgebung durchaus im Sinne ihrer Arrangure verlaufen und Beifallstürme werden den Saal durchbrausen, wie man sie von den Katholikentagen her kennt. Aber das an sich wird noch nicht beweisen, daß die Masse nun auch das nötige Verständnis für die Schwere der Bahemittischen Befehle und daß sie ihnen unter allen Umständen treue Gefolgschaft leisten wird. Gespannt darf man auch darauf sein, ob die Drabtzähler nicht am Sonntag doch noch ein wenig aus der Rolle fallen werden und es trotz der lebhaften Versicherung, daß das Zentrum eine politische, nichtkonfessionelle Partei sei, mit dem altgewohnten Appell an die christlich-katholischen Gefühle der Zuhörerschaft versuchen.

Das Glend in der Zündholzindustrie.

Ein erbärmlicheres Steuergesetz, als das Zündholzsteuergesetz, ist seit dem Bestande des Reiches noch nicht gemacht worden. Darüber dürften Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen. Auf eine an die Regierung gerichtete Anfrage gibt diese zu, daß die im laufenden Betriebsjahr ohne Steuerzuschlag herstellbare Menge von Zündhölzern 45 vom Hundert des Volkontingents beträgt und daß der Verein deutscher Zündholzfabrikanten eine weitere Herabsetzung auf 40 vom Hundert beantragt hat. Die Regierung führt dann weiter aus: „Mit einem gewissen Rückgang des Zündholzverbrauchs war bei Erlass des Zündwarensteuergesetzes gerechnet worden und zwar war er auf 25 vom Hundert geschätzt. Einen weiteren starken Ausfall erleidet der Absatz der Zündholzfabriken nach Infraktreten der Steuer durch die unerwartet große Versorgung mit inländischen und ausländischen Zündhölzern. Mit dem Aufbrauch dieser Borräte ist der Absatz nach den

Ergebnissen des Steueraufkommens und den Angaben der Industrie wieder gestiegen. Seit dem Betriebsjahr 1912 auf 1913 ist in einer Reihe von Monaten bei der Besteuerung von Zündhölzern ein erneuter, wenn auch mäßiger Rückgang beobachtet worden. Ueber etwaige Maßnahmen der verbündeten Regierungen kann zurzeit eine Auskunft nicht erteilt werden.

Die Regierung denkt natürlich nicht daran, für die notleidenden Arbeiter, die durch die Zündholzsteuer zum Teil um ihre Existenz gebracht worden sind, einzutreten. Diese Opfer der ultramontan-konservativen Steuertrot mögen sehen, wo sie bleiben. Dagegen wird die Regierung allerdings das von den Zündholzfabrikanten geforderte Gesetz zur Besteuerung der automatischen Feuerzeuge auch nicht einbringen. Die Absicht hat zwar bestanden, aber eine Umfrage, die das Reichsschatzamt bei den Parteien veranstaltete, ließ erkennen, daß für eine solche Steuer momentan keine Mehrheit vorhanden sei.

Die Zubernkommission.

Der Reichstag hat bekanntlich eine Kommission eingesetzt, in der die Frage des militärischen Waffengebrauchs und die Einmischung des Militärs in die bürgerliche Polizeigewalt behandelt werden soll. Die Kommission wurde auf Grund eines Initiativantrages eingesetzt. Aus Nichtachtung dem Reichstage gegenüber hat nun die Regierung fast immer daran festgehalten, sich weder an der Beratung von Initiativanträgen zu beteiligen, noch den Wünschen des Reichstages überhaupt sonderlich Beachtung zu schenken. Auch die Zubernkommission wollte anscheinend die Regierung meiden. Der Vorsitzende dieser Kommission ist der nationalliberale Abg. Beck-Heidelberg und diesem Umstande ist es offenbar zu danken, daß die nationalliberale Presse diesmal mehr Gefühl für die Würde des Reichstages entwickelte als sonst; sie sprach von einer Brückierung des Reichstages, von einer Verschleppungspolitik, die darauf angelegt sei, die Beschlüsse des Reichstages hinfällig zu machen. Der Vorsitzende der Zubernkommission hat nun der „Nationalzeitung“ in dieser Angelegenheit folgenden Brief zugehen lassen:

Mit Bezug auf die in Ihrem Abendblatt vom 9. Februar (Nr. 34) unter der Ueberschrift „Die Zubern-Kommission“ gebrachte Nachricht, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß seitens der Vertreter der Regierung, mit welchen ich in Fühlung zu treten Gelegenheit nahm, sofort Bescheid auf meine Anfrage zugesagt wurde, den ich wohl an einem der nächsten Tage erwarten darf und daß ich seither über die innerhalb der Regierung gepflogenen Erwägungen vollständig unterrichtet gehalten wurde. Sofort nach der zugefügten baldigen Klärstellung wird durch die Einberufung der Kommission erfolgen, deren Verzögerung nach meiner Ansicht in keiner Weise von der Regierung verschuldet war.

Aus diesen Mitteilungen schöpft die „Nationalzeitung“ die Hoffnung, daß die Regierung nun doch noch Vertreter in die Kommission entsenden werde.

Von anderer Seite wird auch gleichzeitig berichtet, daß die erste Sitzung der Kommission am Dienstag nächster Woche stattfinden, eine Meldung, die allerdings von der „Post. Ztg.“ bestritten wird. Das Fortschrittsblatt hat aus Reichstagskreisen gehört, daß man die zweite Lesung des Militär-Etats im Plenum abwarten wolle. Hierbei seien Erklärungen des Kriegsministers in der beregten Frage zu erwarten und erst, wenn diese Erklärungen vorliegen, wolle die Kommission in ihre Beratungen eintreten.

Neues vom Pastor Seydorn.

Der Hamburger Pastor Seydorn, der kürzlich erst vom Geistlichen-Ministerium wegen seiner Tätigkeit im Monistenbund eine Rüge erhalten hat und der daraufhin als treuer Sohn der Kirche seinen Austritt aus dem Monistenbund erklärte, hat jetzt aufs neue seine orthodoxen Brüder in Christo schwer gereizt. In dem von ihm herausgegebenen Gemeindeblatt für Hammerbrook (ein Arbeiterwohnbezirk Hamburgs) schrieb er: Die Eltern, deren Söhne und Töchter jetzt konfirmiert werden, sollten ihre Jungen und Mädchen in das (evangelische) Volkshaus oder in den sozialdemokratischen Jugendbund schicken, damit sie keine „Wades“ würden. — Darob sind die bekannten „Hamburger Nachrichten“ ganz aus dem Häuschen gefahren. Sie rufen den Kirchenvorstand an, diesem „trostlosen und jammervollen Zustand“ ein Ende zu machen. Nachdem Pastor Seydorn mit einer Empfehlung des sozialdemokratischen Jugendbundes dem Faß den Boden ausgeschlagen, müsse die „Schmach“ von dem Kirchspiel genommen werden; daß Seydorn kein Christ sei, sei doch nun sonnenklar erwiesen.

Also wird man über diesen unbehaglichen Geistlichen abermals hochnotpeinlich zu Gericht sitzen müssen. So leicht wird, wenn Pastor Seydorn nicht freiwillig geht, seine Entfernung vom Amt aber doch nicht werden. Seine Zugehörigkeit zum Monistenbund konnte noch als Verstoß gegen die Ordnung und das Interesse der Kirche gelten. Worin soll aber das antichristliche Verbrechen bei der Empfehlung einer politischen und religiös so neutralen Organisation, wie es der proletarische Jugendbund ist, liegen? Zweifellos ist Pastor Seydorn kein Sozialdemokrat. Wenn er als Geistlicher eines Bezirkes, in dem fast nur sozial-

demokratische Arbeiter wohnen (eine Straße von Hammerbrook führt im Volksmund seit 1884 den charakteristischen Beinamen „Rebels Allee“, weil dort bei der Reichstagswahl fast alle Stimmen für Rebel abgegeben wurden), die Eltern der Arbeiterkinder auf den proletarischen Jugendbund als geeignetste Schutzstätte zur Bewahrung vor jugendlichen Verirrungen hinweist, so erfüllt er damit nur eine seelengerichtete Pflicht. Denn in eine andere als die proletarische Jugendorganisation würden diese Eltern ihre Kinder doch nicht schicken. Pastor Seydorn will aber das Band, das hier und da noch zwischen Proletariat und Kirche besteht, befestigen; er vertritt, die der Kirche schon größtenteils entfremdeten Arbeiter zum Christentum zurückzuführen. Er handelt damit im Interesse der Kirche. Und dafür soll er nun, wie es den Anschein hat, aus dem Amte gejagt werden.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Das Zentrum hat der Kommission für die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einen fertigen Gesetzesentwurf vorgelegt, der an die Stelle des Entwurfs der Regierung treten soll. In Orten mit über 50 000 Einwohnern sollen nach dem Entwurf des Zentrums Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen nicht beschäftigt werden. Doch kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen; die Beschäftigung darf dann aber nicht länger als zwei Stunden dauern und muß um 10 Uhr vormittags beendet sein. Das Zentrum verlangt dann weiter:

In Gemeinden, welche nach der jeweils letzten Volkszählung mehr als 20 000 und weniger als 50 000 Einwohner haben, ist eine Beschäftigungsdauer bis zu drei Stunden, jedoch nicht über 2 Uhr nachmittags hinaus, in Gemeinden, die nach der jeweils letzten Volkszählung weniger als 20 000 Einwohner haben, eine solche bis zu fünf Stunden, jedoch nicht über 4 Uhr nachmittags hinaus, zulässig.

Für die offenen Verkaufsstellen in allen Gemeinden, in denen lediglich Bad- und Konditorwaren oder lediglich Milch und Molkereierzeugnisse feilgehalten werden, ist eine Beschäftigung an Sonn- und Festtagen bis zu sechs Stunden zulässig.

Wenn diese Bestimmungen Gesetz werden sollten, dann bleibt von der Sonntagsruhe nicht mehr viel übrig. Den Behörden soll außerdem noch das Recht zugestanden werden, an zehn Sonntagen im Jahre eine Beschäftigung bis zu acht Stunden zu gestatten! Bei der Festsetzung der Stunden, zu welchen Beschäftigung stattfinden darf, soll lediglich darauf gesehen werden, daß die Beschäftigten nicht verhindert sind, den Gottesdienst zu besuchen! Die Sonntagsarbeit soll noch verlängert werden dadurch, daß die nach Ablauf der Beschäftigungsdauer noch im Laden befindlichen Kunden noch bis zur Dauer einer Viertelstunde bedient werden dürfen. Wenn die Läden geschlossen sind, darf kein Souveränhandel mehr stattfinden. Die Ausnahmeregelungen für jüdische Geschäftsleute will das Zentrum beibehalten wissen. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sollen keine Anwendung finden

1. auf Arbeiten, die in Notfällen oder im öffentlichen Interesse unzugänglich vorgenommen werden müssen,
2. für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur,
3. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebs bedingt ist, sowie auf Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebs abhängig ist, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können,
4. auf Arbeiten, die zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitsergebnissen erforderlich sind, sofern nicht diese Arbeiten an Werktagen vorgenommen werden können.

Diesen Beschäftigten soll jeden dritten Sonntag eine Ruhezeit von 36 Stunden oder jeden zweiten Sonntag freie Zeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gewährt werden. Ausnahmen darf die Ortspolizeibehörde gestatten, wenn die Beschäftigten am Besuch des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an Stelle des

Sonntags eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird.

Der Gottesdienst ist den schwarzen Demagogen die Hauptfache. Der Angestellte kann dort eine Predigt hören über die Heiligkeit des Sonntags, darf aber nach dem Willen des christlichen Zentrums vor und nach dem Gottesdienst nach Kräften ausgebeutet werden. An diesem Gesetzentwurf zeigt sich wieder einmal der ganze reaktionäre Charakter des Zentrums, das den Angestellten den freien Sonntag nicht gönnt.

Badischer Landtag.

Die Kammer fuhr gestern in der Spezialberatung des Ministeriums des Innern fort. Von den Rednern aller Parteien wurden eine Anzahl Wünsche vorgetragen. Von unserer Seite wurde von den Genossen Kramer, Weber und Kösch und Stöfing — letzterer teilweise in Vertretung des erkrankten Gen. Weichold — eine Reihe teils allgemeiner, teils lokaler Gesichtspunkte hervorgehoben, in denen insbesondere die Frage des Fischereiwesens, die Behandlung der Fürsorgebedürftigen und die Bedeutung der Wohnungsreform behandelt wurden. Die Spezialdebatte konnte auch gestern noch nicht zu Ende geführt werden. Heute wird dies vermutlich geschehen und in die Beratung des Kapitels Gewerbeaufsicht eingetreten werden.

28. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

gr. Karlsruhe, 12. Februar.
Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung um 9,25 Uhr.
Am Regierungstisch: Minister v. Bodman und Kommissäre.

Eingegangen sind folgende Petitionen:
des Bürgervereins des Stadtteils Karlsruhe-Rintheim um Errichtung einer Haltestelle der Staatsbahn im Stadtteil Rintheim;
der gemeinnützigen Baugenossenschaft Offenburg um Abwendung von Staatsmitteln auf 2. Hypothek; der in Ladenburg angestellten Beamten um Erhöhung des Wohnungsgeldes;
des Gemeinderats Ettenheim um Einreichung der Stadt Ettenheim in die 3. Klasse des Wohnungsgeldtarifs;
des Vereins mittlerer Justizbeamten, die Anwendung der Ausnahmebestimmung des § 6 der Gehaltsordnung zugunsten unterer Justizbeamten betr.;
des Verbandes badischer Polizeiaufsichtsbeamten um Verbesserung ihrer Lage.

Fortsetzung der Spezialberatung über das Ministerium des Innern.

Abg. Dietrich (Nat.) äußert Wünsche für die Chemiker bei der Lebensmittelpflichtstation.

Vom Regierungskommissär wird mitgeteilt, daß ein weiteres Bedürfnis nach Vermehrung der etatsmäßigen Stellen derzeit noch nicht eingetreten sei.

Abg. Penninger (Zentr.) äußert örtliche Wünsche.

Abg. Spang (Zentr.) fragt an, wie es mit der Luberulosefrage in St. Blasien stehe, das sich zu einem bedeutenden Luftkurort entwickelt habe. In St. Blasien gehe das Gerücht, daß sich die Aktiengesellschaft Kurhaus St. Blasien ein Monopol schaffen wolle, wodurch die privaten Pensionsergeber für Lungenerkrankte schwer geschädigt würden. Die Regierung soll diesen Monopolplänen ablehnend gegenüberstehen, was zu begrüßen wäre.

Minister v. Bodman teilt mit, daß die Frage des Kurhauses St. Blasien längere Zeit gründlich geprüft wurde. Die Vorschriften des Bürgermeistersamtes St. Blasien, Lungenerkrankte vom Orte völlig fernzuhalten, hielt er für weitgehend. Begründet ist jedoch, daß das Kurhaus seine Besucher schützen soll. Nachdem jedoch in St. Blasien bereits ein Sanatorium für Lungenerkrankte besteht, das jedoch nicht ausreicht, sind Lungenerkrankte in Privatpensionen untergebracht worden. Hierdurch ist ein Widerspruch mit dem Kurhaus eingetreten. Die Frage wird erneut geprüft werden und ich hoffe, daß sie ein gutes Resultat bringt. Der Amtsvorstand in St. Blasien hat seine Pflicht getan und es liegt kein Anlaß vor, ihn von seinem Posten zu entfernen.

Abg. Spang (Zentr.) bemerkt, daß er den Amtsvorstand nur habe in Schutz nehmen wollen.

Abg. Kramer (Soz.): Die Unterhaltung des Fischereiwesens ist sehr zweckmäßig und fand dasselbe durch Einsetzung von Bandern und

Korpfen, wie z. B. in Mannheim, gute Förderung. Bedauerlich ist, daß die badische Fischerei nicht in der Lage war, den Bedarf hierfür zu stellen. Die Anstellung von Fischereischülern im Hauptamt ist zu begrüßen. Mit der weiteren Abfertigung der Regierung, die nebenamtlichen Sachverständigen dafür wegzulassen zu lassen, sind jedoch viele nicht einverstanden. Es wird die auch von mir geteilte Meinung geäußert, daß für das Ober- und für das Unterland je ein Sachverständiger im Nebenamt beibehalten wird. Die Groß-Regierung sollte sich daher die Sache nochmals überlegen. Zu wünschen ist auch, daß der angestellende Sachverständige die badischen Verhältnisse kennt. Der praktischen Ausbildung des Aufsichtspersonals, der Gendarmen sowie des Forst- und Feldhutpersonals sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, indem sie nicht nur auf die Erweisung von Fischdieben ausgebildet werden. Insbesondere ist Unterricht über die Schonzeiten nötig. Die ungleichmäßige Schonzeit in den verschiedenen Ländern sollte beseitigt werden und eine einheitliche Regelung bewirkt werden. Die Regierung sollte auch eine neulich in einer Zeitschrift gemachte Anregung im Auge behalten, die vorschlägt, bei den Bezirkstierärzten die Fischerei als obligatorischen Lehrgang einzuführen. Die Beseitigung unserer Gewässer hat gegen früher nachgelassen. Die Regierung sollte jedoch auch in der Folge hierauf ein nachsames Auge haben; sowohl im Interesse der Fischerei wie der Volksgesundheit. Bezüglich des Leimbachs sind einige Wünsche vorzubringen. Im Interesse der Fischzuchtanstalt Brühl ist zu wünschen, daß, sobald der Leimbach wieder läuft und das Wasser wieder rein ist, zunächst wieder die Fischzuchtanstalt gepflanzt wird. Auf die Verabreichung unserer Gewässer im Unterland sollte die Regierung ein nachsames Auge haben, damit wieder ein normaler Zustand Platz greift. Durch die Rheinregulierung sind verschiedene Fischerei-Plätze genommen, wobei die Herstellung von Sandplätzen nötig ist. Die Mischstände bei den Logen, Saugröhren sollten beseitigt werden. Im übrigen bitte ich die Regierung, bei den verschiedenen Punkten Remedur zu bewirken.

Abg. Schirmer (Zentr.) spricht über die Fischerei im Bodensee. Infolge des Verbots der Fischerei im Hafen von Ludwigsbafen am See werden die kleinen Fische durch die Raubfische bedroht.

Abg. Bensch (Fortf.) wünscht ebenfalls Änderung der Verhältnisse in Ludwigsbafen und Aufhebung des Verbots. Abg. Weh (Nat.) unterstützt die Wünsche bezüglich Schonzeit der Fische und Einheitslichkeit in dieser Hinsicht, sowie in bezug auf die Maßnahmente der Nebe.

Ministerialrat Arnob äußert sich über die Ausbildung der Beamten zur Fischkontrolle. Es werden besondere Kurse zur Ausbildung veranstaltet. Ueber die Schonzeit der Fische sind die Verhandlungen mit Elsaß-Lothringen soweit gebieter, daß nur noch geringfügige Differenzen bestehen. Gegen die Ausbildung der Tierärzte zu Fisch-Sachverständigen bestehen Bedenken. Für Abhilfe in bezug auf die Beseitigung der Gewässer wurde bisher gefordert und auch in der Folge wird diesem Punkt Beachtung geschenkt werden. Bei dem Verbot in Ludwigsbafen spielt die Volkfrage eine Rolle; wir werden jedoch der Frage nachgehen.

Abg. Penninger (Zentr.) bespricht einen Fall von Viehüberfuhre in seinem Wahlbezirk, wobei er eine Entschädigung wünscht.

Abg. Bödel (Zentr.) wünscht größere Belehrung über das Viehweidengesetz.

Abg. Dr. Gerber (Nat.) will seine Ausführungen über das Viehweidengesetz für später verschieben.

Abg. Schöppe (Konf.) äußert sich zur Viehunterfuchung.

Ministerialrat Arnob behandelt die vorgebrachten Wünsche, denen die Regierung ihre Aufmerksamkeit widmen will. Bei den Viehüberfuhren wird vor allem auf Beseitigung der Krankheit gesehen. Um diese jedoch zu ermöglichen, ist sofortige Anzeige nötig. Die Einbürgerung des Viehweidengesetzes ist noch nicht so groß, daß man jetzt schon auf weitere Belehrungen verzichten könnte.

Abg. Penninger (Zentr.) geht nochmals auf den besagten Fall ein.

Abg. Höfker (Konf.) bespricht die Unterfuchung in der Zentrifugenerkrankung seines Ortes, wobei er die Hebernahme der Unterfuchungskosten auf die Staatskasse wünscht.

Abg. Schöppe (Konf.) wünscht Verteilung von Werkblättern statt der Abhaltung von Vorträgen.

Abg. Spang (Zentr.) verschiebt seine diesbezüglichen Ausführungen für später.

Abg. Dr. Blum (Nat.) weist im Anschluß an die neulichsten Ausführungen Süßbunds auf die Wohnungsfrage hin.

Abg. Weber (Soz.):

Ich bin der Meinung, daß in bezug auf das Wohnungsgewesen von seiten des Staates mehr geschehen sollte. In der Generaldebatte wurde bereits darauf hingewiesen, wie das Wohnungsgewesen mit der Sterblichkeit zusammenhängt. Aus

Tantchen Rosmarin,

oder: Alles verkehrt.

Humoreske von Heinrich Schöffe.

(Fortsetzung.)

Die Hochzeit.

Tantchen Rosmarin glaubte alles wohlgetan zu haben, und beruhigte sich. Wie täuschen sich doch die Menschen gern! Tantchen wußte aus alten Erfahrungen sehr gut, daß Natur und Liebe ihre Rechte fordern, allen Warnungen und Lehren zum Trotz, und doch bildete es sich ein, mit Suschen müsse es anders sein, als mit den übrigen Mädchen; nicht weil Suschen aus anderm Teig gemacht, sondern weil es von Tantchen Rosmarin erzogen und geildet worden wäre.

Man setzte sich also in den Wagen, und fuhr, Jäger und Gärtner in neuen Livreen hinten auf, stattlich geschmückt gen Waiblingen zur Hochzeit.

Die Frau Obersteuererrätin ward mit großem Ceremoniel empfangen, und alle ihre Angehörigen mit so vielen Höflichkeiten überhäuft, daß sie im höchsten Vergnügen schwamm, und selbst ihrem Vortag treulos ward, beständig an Suschens Seite zu sein. Der Herr Pfarrer fand einige geprüfte Kollegen, und Herr Säblein hinkte mit den Ratsherren herum. Suschen, anfangs gar blöde, war in dem Kreise blühender Jungfrauen, der sie umringte, bald munterer und zuletzt so vertraulich, als hätte sie die Bekanntschaft seit Jahren gemacht.

Als man endlich, nach glücklich überstandener Mahlzeit zum Tanz kam, und Suschen nun bald in die Arme dieses, bald jenes Jünglings flog, und mit ihm in den Wellen der Töne durch die glänzenden Reihen der Tanzenden hinschwamm, da lösete sich ihr ganzes Leben in Seligkeit auf. Suschen war schön; das Entzücken machte sich noch schöner. Die besten Tänzer drängten sich um sie, und diese Aufmerksamkeit war ihr schmeichelhafter, als alles Süße, was ihr die begeistertsten Herren vorbrachten. Sie lebte nur für Tanz und Freude; o wie anders war's im Arm dieser

Jünglinge, als an den Händen des zimperlichen Herrn Verwalters. Das nenne ich mir doch Tanz! sagte sie sich selbst leise, so oft sie erschöpft zu ihrem Sitz zurückgeführt ward.

So kam die Nacht. Tantchen Rosmarin hatte sich zwar fest vorgenommen, noch vor völliger Dunkelheit nach Niederfahren zurückzukehren; aber sie vergaß es über dem Weibrauch, der ihr von allen Seiten, teils wegen ihrer eigenen wertigen Person, teils wegen Suschens Liebenswürdigkeit, geopfert ward. Mit der Süßigkeit des Weibrauchs vereinten sich noch die Schreden eines schweren Gewitters, welches von Westen flammend daherkam. Tantchen Rosmarin konnte von Hause aus die Gewitter nicht leiden, und der Sommer war ihr, nur dieses Krachens wegen, die unangenehmste Jahreszeit.

Sie blieb also, wiewohl des Wetters willen mit einiger Unruhe, am Spieltisch, wo der Herr Verwalter und der Herr Pfarrer mit ihr Partie machten, nebst dem Herrn Bürgermeister. Und das war schlimm!

Erstes Unglück.

Suschen war mit dem Gewitter herzlich zufrieden. Sie wünschte, es möchten sich alle Gewitter der Welt um Waiblingen versammeln, und die ganze Nacht zum Tanz donnern, desto sicherer war sie, den Wecker des ihr selten gewährten Vergnügens bis auf die Felsen leeren zu können.

Wein, Musik, Tanz und Freude hatten ihr ganzes Wesen verwandelt. Ihre Wangen glühten, ihre dunklen Augen glänzten strahlend, ihr Busen slog mit Ungestüm. Und hätte ein junger Herr von Waiblingen ihr auch Liebe geschworen — das einzige, wovon sie sich, wegen Tantchens Warnung, am meisten fürchtete —, sie hätte es in dem Himmel, worin sie jetzt atmete, verziehen. Zum Glück sagte ihr kein Mensch etwas von Liebe; aber keiner tanzte mit ihr, der ihr nicht getreulich meldete, daß sie ein Engel, ein Göttin sei, was sie denn freilich nicht glauben wollte, aber doch nicht übel nahm. Zwischen Angeln und Allemen fehlte es nicht an Seufzern und Händbedrücken; in den Menuetten nicht an Seufzern und vielfachen schmachenden Blicken, die ihrer Schönheit kuldierten und in den

Walzern drückte sie mancher Arm kräftiger an eine hochschlagende Brust, als sonst wohl des Herrn Verwalters Arm zu tun pflegte.

Unglücklicherweise, da sie Durst fühlte, präsentierte man ihr Punsch. Sie nahm davon und tanzte fort. Aber nun fing sich alles an mit ihr zu drehen. Sie glaubte sich schwindlich und lachte darüber. Allein bald ward ihr bei den heftigen Wallungen des Geblichs nicht wohl. Sie klagte es ihrem Tänzer, einem jungen Mann, der sie mit der größten Artigkeit an seinem Arm vom Saal hinwegführte, um sie frische Luft schöpfen zu lassen. Aus Furcht, daß sie sich nicht erkalte, denn sie war zu sehr erhitzt, brachte er sie in das erste beste leere Zimmer, wo eine vergessene Kerze trübe nur Neige niederbrannte.

Suschen sank erschöpft und halb ohnmächtig auf ein altes Ruhebett, und hatte kaum Luft. Ihr Begleiter, in größter Verlegenheit, beschwor sie, sich aufzuschneiden, während er nach einem Glase frischen Wassers eilen wollte. In der Angst vergaß er aber das Wasser, und verließ seine erschöpfte Tänzerin nicht, die sich bei ihrer Ermattung nicht allein zu helfen vermochte.

Der Himmel donnerte! Vom Tanzsaal herüber scholl die rauschende Musik dazwischen. Suschen und ihr Arzt merzten weder auf himmlische noch auf irdische Musik. Niemand vermochte die beiden, denn alles schwärmte seinen Freunden nach. Erst nach einer vollen Stunde hielten sie für ratsam, sich zu den Tänzern zurückzugeben.

Suschen war geheilt von der Unblichkeit; sie mischte sich wieder unter die Fröhlichen. Ihr ganzes Wesen war Blut und Verklärung. Ein Tänzer nahm sie dem andern ab. Ihr Arzt verlor sich in der Menge der andern; sie konnte ihm nun nicht einmal danken für die gebabte Mühe.

Endlich fiel ihr doch ein, auch nach Tantchen Rosmarin zu sehen. Sie ging ermattet vom Tanzsaal in die Spielzimmer, und kam eben dazu, als hier sich um Tantchens Tisch ein Lärmen der ungewöhnlichsten Art erhob.

(Fortsetzung folgt.)

der Schrift Nimmans geht hervor, wie die Frage des Wohnungsweins in Durlach noch im argen liegt, so daß es hier nötig ist, mehr zu tun. Während für die Beamten in dieser Hinsicht etwas geschieht, sind die Arbeiter nicht so gut daran. Ich möchte daher anheimstellen, ob nicht eine Wohnungs-Kasse gegründet werden könnte, mit der linderreiche Familien unterstützt werden könnten. Auch die Wohnungskontrolle läßt noch viel zu wünschen übrig. Es sollten Wohnungsämter mit Angehörigen geschaffen werden. Es wird auf diese Frage noch zurückzukommen sein. Ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, ob die Bestimmungen über die nicht staatlich angestellten Baukontrolleure bei der Angestelltenversicherung nicht geändert werden können. Im übrigen bitte ich die Regierung, diesen verschiedenen Fragen ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Abg. Wiedemann (Zentr.) will später auf die Fragen eingehen.

Abg. Schöpfle (Konf.): Wohnungs- und Verkehrverhältnisse gehören zusammen; der Verkehr muß daher gehoben werden.

Abg. Dr. Gerber (Nat.) spricht über die Erziehungsmethode der Anstalt in Flehingen, die solche der Güte und Milde seien. Von einer zu großen Strenge kann keine Rede sein. Die Zahl der Entweichungen ist im Verhältnis zu früher nicht abnorm hoch. Bei der Erziehung soll die religiöse Erziehung eine große Rolle spielen. Ich möchte daher die Mitwirkung der Seelsorge nicht vernachlässigen lassen. Dies kann jedoch auch in einer konfessionell gemischten Anstalt geschehen. (Präsident Nothdurft: Ich möchte bitten, nicht mehr auf die allgemeine Debatte zurückzukommen.) Der Redner geht auf einige Wünsche der Anstalt Flehingen ein. Gelagt wird nur darüber, daß die flehinger Wärtin den einheimischen Bürgern die besten Parteien wegknappen. Zum Schluß gedenkt der Redner des Arztes, der 12 Jahre an der Anstalt wirkte.

Abg. Welzer (Zentr.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß Abg. Gerber den Wert der religiösen Erziehung betonte. Der Abg. Gerber sollte jedoch noch einen Schritt weiter gehen und mit uns sagen: Die eine Anstalt für diese Konfession, eine andere Anstalt für die andere. (Präsident Nothdurft: Es gilt für Sie das gleiche, wie für den Abg. Gerber.) Der Redner äußert verschiedene Wünsche zur Anstalt in Flehingen.

Abg. Müller (Nat.) bringt verschiedene Wünsche für die Anstalt in Flehingen vor.

Abg. Nösch (Soz.):

Die Zwangs- und Vorberufungsfrage unserer sozialen Zustände. Durch die Humanität und durch die Menschenliebe muß bessernd gewirkt werden. Wir wünschen, daß der interkonfessionelle Charakter der Anstalten erhalten bleibt. Besondere Klagen sind uns nicht zu Ohren gekommen. Wir wünschen, daß der Verkehr zwischen Eltern und Kinder in den Anstalten nicht gehemmt wird.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.): Es ist richtig, daß die Jüglinge mit Menschenliebe behandelt werden müssen, damit kommt man jedoch nicht aus. Die ungebrannte Asche ist da in bestimmten Fällen anzuwenden.

Abg. Baumbach (Konf.): Es gibt Fälle, wo sich eine gehörige Strafe nicht umgehen läßt.

Ministerialrat Schäfer geht auf die verschiedenen Fragen der Zwangs- und Vorberufungsfrage ein. Seit Beginn der Zwangs- und Vorberufungsfrage ist die Zahl der Jüglinge über 14 Jahre enorm gestiegen. Das sind bedauerliche Anzeichen vor allem im Interesse der Erziehung. Sie sind jedoch auch bedenklich vom Standpunkt der Anstalten, sowie der Finanzen des Staates aus. Vor allem muß darauf bedacht werden, daß die Fürsorgeerziehung nicht so spät einsetzt, damit sie nicht erfolglos wird. Was die Klagen über Flehingen und Schwarzscherhof betrifft, so liegt die Sache anders. Die Entweichungen waren darauf zurückzuführen, daß ein Wechsel im Personal vor sich ging. Man kann sich schließlich nicht wundern, wenn Jüglinge, die zuvor sich in der Großstadt herumtrieben, das strengere Anstaltsleben nicht gefällt. Die entweichenden Jungen erklärten meistens, es gefalle ihnen nicht, sie wollten wieder fort. Andere sagten, sie hätten Heimweh gehabt. Dies ist wenigstens eine verständliche Erklärung. Es gibt jedoch auch Entweichungen, bei denen man wie vor einem Rätsel steht. Im allgemeinen muß man den Ausfall der Ausreise vorzüglich gegenüberstellen. Ohne die körperlichen Züchtigungen ist in manchen Fällen unmöglich auszukommen. Mit Güte allein kommt man nicht immer durch; wenn wir auch weitgehendste Milde walten lassen. Was bezüglich der Unterstützung der bei Familien untergebrachten Fürsorgebedürftigen geschehen konnte, ist geschehen. Es gibt Familien, die es jedoch an der nötigen Energie gegenüber den Fürsorgebedürftigen fehlen lassen. Es ist deshalb erfreulich, daß uns jetzt ein geeigneter Stamm von Familien für die Fürsorgeerziehung nachgewiesen wird. Der Preis von 11 Pf. für den Quadratmeter der Anstalt in Walsch ist ein angemessener. Es wird behauptet, daß die Erziehung in den neuen Anstalten wenig individualisiert sei. Dieser Vorwurf ist nicht ganz ungerechtfertigt, besonders was Flehingen und Schwarzscherhof betrifft. Doch wird auch hier Besserung erstrebt. Insbesondere sollte zwecks Abhilfe nicht im Rahmenstil gebaut werden. Andere Arten kommen jedoch sehr teuer. Man ist deshalb zum Gruppen- und Übergangsbau übergegangen, das sich der Familien- und Einzelzimmererziehung nähert. Die Ausbildung wird vorwiegend eine gewerbliche sein, die den Jünglingen aus der Großstadt nützt, was bei der landwirtschaftlichen Ausbildung nicht der Fall ist. Ein besonderes Heim für die erkrankten Jüglinge wird mit der neuen Anstalt verbunden. Das Anstalts- und Medizinikums Camp wird in Ehren gehalten werden. Erreichen wir das Ziel, das der Regierung bei ihrem großen Programm vor- schwebt, dann sind die Opfer nicht umsonst.

Abg. Benezet (Zentr.) bemerkt, daß das Gelände in Walsch nicht so häufig zu finden sei. Die Leute in Walsch hätten der Regierung gegenüber Entgegenkommen gezeigt.

Abg. Nösch (Soz.): Ich kann nur bedauern, daß die Regierung auf dem Standpunkt der Prügelstrafe steht und dieser von der Mehrheit des Hauses geteilt wird. Wir haben gar keine Garantie, daß das Maß eingehalten wird, wie ich das früher schon an einem Fall nachwies. Deshalb verlangen wir die Abschaffung der Prügelstrafe, die ein Uebelbleibsel aus dem Mittelalter darstellt.

Abg. Benezet (Zentr.) teilt mit, daß ihm aus seiner Erfahrung allzu strenge Strafen bekannt sind. Daburich werden die Jünglinge nicht auf den rechten Weg gebracht. Damit will ich jedoch nicht sagen, daß eine Züchtigung unter allen Umständen perhorresziert werden muß. Gegen den Massenbetrieb in den Erziehungsanstalten bestehen große Bedenken. Es besteht vor allem die Gefahr, daß der wenig Verbodene noch mehr bedroht wird.

Minister v. Rodman geht auf den vom Abg. Nösch erwähnten Fall ein, daß ein Jügling in einer Anstalt so behandelt wurde, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Der Betreffende ist meines Wissens sogar gestorben. Es hängt jedoch die Erkrankung nicht mit einer Mißhandlung zusammen, was festgestellt wurde. Auch der vom Abg. Benezet erwähnte Fall liegt lange zurück; auch kommen hierbei andere Gesichtspunkte in Betracht.

Abg. Weichaupt (Zentr.) dankt der Regierung für Staatsbeiträge zu Strafen.

Abg. Krauth (Nat.) äußert Wünsche bezüglich eines Weges bei Schöndrömm.

Abg. Nösch (Zentr.) dankt für das Entgegenkommen der Regierung auf verschiedene Wünsche.

Abg. Stodinger (Soz.) dankt im Auftrage seines erkrankten Freundes Weichaupt für verschiedene Zuwendungen an Gemeindegeld, des 57. Wahlbezirks, besonders für die Zu-

schüsse an die Gemeinde Ebingen. Den weiteren Wünschen der Gemeinde Redarhausen wolle die Regierung heute schon Beachtung schenken.

Die Gemeinde Bilsingen hat schon mehrmals um einen Zuschuß zu ihrer Wasserleitung, der jedoch bis jetzt nicht gewährt wurde. Die Gemeinde Bilsingen hat geringe Einnahmen und ist genügend belastet. Die Regierung weist auf den Gabelholz- nützen hin. Dieser ist jedoch nicht derart, daß man eine Ablehnung damit begründen könnte. So gut anderen Plätzen Zuschüsse gewährt werden, sollte dies auch bei Bilsingen geschehen, wo insbesondere die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse beweisen, daß Besserung nötig ist.

Abg. Odenwald (Z. Vp.) unterstützt die Ausführungen bezüglich Bilsingen.

Die Abg. Stork (Nat.), Baumbach (Konf.), Seubert (Zentr.), Biegemayer (Zentr.), Graf (Zentr.), Spang (Zentr.), Gerke (Konf.), Genninger (Zentr.), Martin (Zentr.), Fischer (Konf.), Seubert (Zentr.) äußern Bezirkswünsche.

Abg. Nösch (Zentr.) weist auf die Lage der Gendarmerie hin und wünscht Erhöhung derer Gehälter.

Abg. Spang (Zentr.) bittet um Aufhebung veralteter Maßregeln bei der Kontrolle der Gendarmerie.

Eingegangen ist ein Antrag der Abg. Dr. Wagner (Nat.) u. Gen., Einreichung der Stadt Donaueschingen in eine höhere Klasse des Wohnungsgeldtarifs betr.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Spezialdebatte und Beratung des Titels Gewerbeaufsicht.

Schluß der Sitzung: 12 Uhr.

Die Budgetkommission

behandelte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst das Budget der Mittelschulen. Die ständigen und unfälligen Staatsbeiträge für die Mittelschulen betragen pro Jahr 945 000 M. Insgesamt sind 44 neue etatmäßige Stellen vorgesehen. Das Verhältnis der Zahl der Praktikanten zu den Professoren ist ein ungünstiges. Es sind nach dem neuen Budget an den badischen Mittelschulen 714 Professoren und 429 Praktikanten tätig. Da der Abgang an Professoren jährlich nur etwa 45 bis 50 beträgt, sind die Anstellungsverhältnisse für die Philologen äußerst schlecht. Der Minister erklärt, es sei für die Regierung eine ernste Sorge, bei der großen Anzahl der Praktikanten und Studenten, die Philologie studieren, zu sorgen. Sein Bestreben gehe dahin, bei der Neuordnung der Gehalte eine Erhöhung der Anfangsgehälter zu erreichen. In der etatmäßigen Anstellung seien die akademisch gebildeten Lehrer allen anderen Akademikern noch voran. Sie erreichten die etatmäßige Anstellung nach 10 Jahren, während die Juristen erst nach 14 bis 15 Jahren in etatmäßige Anstellungen gelangen. Anders werden sich die Dinge allerdings in der Zukunft gestalten. Die Zahl der ausgehenden Lehramtspraktikanten sei durchweg dreimal größer als der Bedarf. Die Regierung habe sich deshalb entschlossen, künftig nur so viel Lehramtspraktikanten aufzunehmen, als dem Bedürfnis entspricht. Er werde dabei nicht kleinlich verfahren, wohl aber bei der Auswahl vorsichtig sein. Es sei das auch im Hinblick auf die Schule wünschenswert. Der Urlaub für die Praktikanten sei auf 2 Jahre bemessen, weiter könne man im Hinblick auf die notwendige Kontrolle nicht wohl gehen. Das Verhältnis der nichtetatmäßigen gegenüber den etatmäßigen Lehrern suche die Regierung zu verbessern. Bezüglich der Reallehrer liegen große Schwierigkeiten vor, die aber durch die Revision des Gehaltsstufens durch Verrückung der Gehaltsklassen behoben werde. Die Verrückung, daß die Reallehrer aus den wissenschaftlichen Fächern ausgespart werden, sei nicht gerechtfertigt. Aus der Mitte der Kommission wird auch das Verhältnis zwischen den Hilfsreferenten und den vortragenden Räten im Unterrichtsministerium hingewiesen. Der Minister erklärt, daß bei Gründung des Unterrichtsministeriums das Prinzip der Sparjamkeit maßgebend gewesen sei. An der Spitze einer jeden Abteilung des Schulwesens stehe ein vortragender Rat. Ein sachliches Bedürfnis nach mehr vortragenden Räten bestehe nicht. Die Verwendung der Lehramtspraktikanten als Sekretäre im Ministerium sowie als Assistenten für den naturwissenschaftlichen Lehrgangunterricht sei vom Ministerium schon in Erwägung gezogen. Die Zentralisierung der Prüfungen habe sich in Baden gut bewährt. Von sozialdemokratischer Seite wird die Ueberfüllung des akademischen Berufs im wesentlichen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse und auf den Rückstand der Volksschule zurückgeführt. Der Minister stimmt dem zu. Vielfach sei auch der Mangel an Unternehmungsgeist an dem Drängen nach Staatsstellen schuld. In England und Frankreich trete dieser Mangel viel weniger zutage. So fehle es in England an der nötigen Zahl der Beamten zur Durchführung der sozialen Gesetze. Die Nichtetatmäßigkeit geistlicher Lehramtspraktikanten, die sich nicht der Jurisdiktion der Richter bezügelten entziehen, begründet der Minister mit dem Hinweis auf den Modernisierens und ferner damit, daß ein geistlicher Lehramtspraktikant, der sich fittlich vergangen sei, von der Kurie diszipliniert werden sei, ohne daß der Regierung davon Mitteilung gemacht wurde. Der Betreffende sei zum Professor befördert worden und erst als er sich gemeldet habe, den Modernisierens zu leisten, sei der Regierung die fittliche Verfehlung dieses geistlichen Professors zur Kenntnis gekommen. Die Regierung müsse gegenüber dem Modernisierens und dem kanonischen Recht die Staatshoheit wahren.

Badische Politik.

Ueber die badische Eisenbahnpolitik

erschien dieser Tage in den „Leipz. Neuezt. Nachr.“ der folgende beachtenswerte Artikel:

„Der kürzlich aus dem Leben geschiedene Oberbürgermeister Dr. Wilkens hat nicht nur Alt-Heidelberg zu dem gemacht, was es heute ist; er hat auch als Finanz- und Eisenbahnpolitiker als Autorität gegolten. Nun, dieser vorzüglich abwägende Mann hat gar nicht jene abergläubische Scheu vor der staatlichen Anleihenpolitik gehabt, wie sie von den badischen Finanzministern traditionell geäußert zu werden pflegt. Sei dem aber, wie ihm wolle. Wir widerprechen der Auffüllung des umlaufenden Betriebsfonds und des Eisenbahnausgleichs fonds nicht, bezweifeln aber, ob eine solche in beachtlicher Höhe notwendig und angebracht der nach Verfügen schreitenden laufenden Bedürfnisse ratsam ist. Solange auch Abg. Benezet zugegeben, daß z. B. die Mittel für die Hochschulforschungen anfangen knapp zu werden. Auch mehr dürfte zu beanstanden sein, daß die Eisenbahnausgleichs fonds von 1911/12 im Betrage von 8,9 Millionen Mark gefunden mit 4 Millionen Mark Eisenbahndotation aus der

Staatskasse, also 12,9 Millionen Mark, zur Verminderung des „Anleihenfalls“ des Eisenbahnausgleichs fonds verwendet wurden statt zur Auffüllung des Eisenbahnausgleichs fonds. Zur Verminderung des Eisenbahnausgleichs fonds wissen wir ein passendes Mittel: Das Bauen einfacher Bahnhöfe — man kann einfach und doch geschmackvoll bauen — und verwundert fragt man sich, zu was Baden einen eigenen Bahnhof in Basel braucht — das Reichsland und Frankreich haben dort auch keinen — und zu was einen solchen von über 50 Millionen Mark. Mindestens hätten da Baden und die Reichseisenbahnen zusammengehen können. Zu was ferner kostspielige Bahnhofsverlegungen, wenn durch Überlegung der gleiche Zweck zu erreichen war. Und zu was verpöfchte Bahnhöfe wie der Offenburger.

Wie wir die Verwendung der erwirtschafteten Zinsen aus dem Amortisationsvermögen von rund 15 Millionen Mark — wozu noch die 20,6 Millionen Mark zu rechnen sind, die vom Domänengrundstück unterzinslich geliehen sind — für den Staatshaushalt unerküpfert festhalten wollen, so verwerfen wir die Verwendung von Eisenbahnausgleichs fonds zur Erhöhung des Tilgungsprozents und die Ausnützung der aus der Staatskasse fließenden Eisenbahndotation von jetzt jährlich 1,5 Millionen Mark zu gleichem Zweck. Wenn die Eisenbahn aus ihren Ueberflüssen ihre Schuld selbst zu verzinsen und angemessen zu amortisieren vermag, es braucht kein hoher Tilgungsprozess zu sein, so kann eine sorgsame Staats- und Eisenbahnverwaltung zufrieden sein. Uebertrieblichkeit ist hier wirklich nicht am Platze, sehr dagegen sorgsame Pflege der geistigen und wirtschaftlichen Interessen des Landes. Es ist darum auch wirklich an der Zeit, die Staatskasse von der Eisenbahndotation zu erlösen.

Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist es ein Glück, wenn der Finanzminister zugleich auch Eisenbahnminister ist, und umgekehrt. Das heißt: wenn der Finanzminister Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hat. Hi das nicht der Fall, so ist ein gesondertes Ministerium für Handel und Verkehr vorzuziehen. Bisher hat man davon nichts gemerkt, daß die Finanzminister beim Eisenbahnwesen auf Sparjamkeit, wo sie angebracht ist, gedrungen hätten (sowenig als das Kammerpräsident der Matrikularbeiträge die Einzelstaaten getrieben hat, im Bundesrat für angebrachte Sparjamkeit im Reich sich einzusetzen.) Bisher hat man auch nicht viel davon gemerkt, daß die Finanzminister, die wir hatten, Verständnis zeigten für die Wirtschaftlichkeit, wie sehr viel wichtiger als die direkten Eisenbahneinnahmen die indirekten sind: die Einnahmen aus der wirtschaftlichen Hebung des Landes durch eine rationelle Verkehrspolitik, die zur Hebung der Steuerkraft des Landes führt. Dazu gehören der Anschluß wirtschaftlich zurückgebliebener Gegenden an den Verkehr durch Bahnbauten, und die Beseitigung der großkapitalistisch-fiskalischen Auswüchse der Privatbahnen. Zur Steigerung der direkten Einnahmen der Eisenbahnen führt eine Politik der Betriebsvereinfachung und tunlichster Vereinfachung sowie Verbilligung; eine Politik der intensivsten Ausnützung leistungsfähiger Verkehrsmittel und eine Politik verkehrswedender Tarife bei durchgeführter Trennung des Fern- und Nahverkehrs mit individualisierter Ausgestaltung beider, und mit besseren Anschlüssen und Verbindungen. Nur ein Beispiel: Das Richtige wäre: nur zwei Wagenklassen im Fernverkehr, 2. und 3. Klasse. Dafür sollte die badische Verwaltung innerhalb der deutschen Eisenbahnverwaltungen eintreten. Und damit kommen wir auf die Hauptfrage. Man spricht soviel von der „Reichseisenbahngemeinschaft“ und steht vor lauter Bäumen den Wald nicht. Nicht ein Aufgeben der Eisenbahnherrschaft der Einzelstaaten kann in Betracht kommen. Sondern: die Verwirklichung der Art. 42 bis 46 der Weimarschen Reichsverfassung durch ein Reichsgesetz und die Ausgestaltung des Reichseisenbahnamtes zu einer Kontrollinstanz mit Exekutivgewalt. In diesem Rahmen wäre noch genügend Bewegungsfreiheit für die Einzelstaaten, denen Besitz und Einnahmen der Eisenbahnen verblieben, und dabei wäre dieser Rahmen die Reichsverkehrseinheitspflicht, die gegenseitiges Niederkonkurrieren, sowie Rücksichtslosigkeiten hinsichtlich der Bahn- und Zuganschlüsse usw. usw. ausschließt.

Wie lange noch wollen die Einzelstaaten, will Baden noch warten, bis sie einen dahingehenden Antrag im Bundesrat stellen?

Wir können diesen Darlegungen nur beipflichten; sie stimmen im wesentlichen mit den bei der Generaldebatte über das Budget gemachten Ausführungen des Genossen Kolb überein. Der Zuschuß zur Eisenbahnschuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln wäre überhaupt nie notwendig gewesen, wenn man anstatt den bequamen Weg der „Tradition“ zu gehen, sich eigene Gedanken über die zweckmäßigste Art der Tilgung der Eisenbahnschuld gemacht hätte. In der Eisenbahnverwaltung ist seit Jahrzehnten geradezu fündhaft draußlos gewirtschaftet worden. Aus solcher Sparjamkeit hat man das Eisenbahnetz verpöfcht, aus demselben Grunde werden heute noch die dringendsten Reformen nicht oder nur unzulänglich durchgeführt. Das Kapitel „Bahnhofsbau“ schreibt förmlich zum Himmel. Mit den Millionen, die man auf diesem Gebiete überflüssig verausgabt, hätte man den größten Teil der noch unbefriedigten Eisenbahnwünsche erfüllen können.

Der „Mannheimer Generalanzeiger“

möcht sich, weil wir an der Haltung der Nationalliberalen in der Frage der Münchener Gesandtschaft eine scharfe Kritik geübt haben. Er meint, wir hätten die Nationalliberalen schulmeistern wollen. Ist uns nicht eingefallen. Die Nationalliberalen können uns jertwegen tun, was sie wollen, das ist ihre Sache, denn sie haben ja die Verantwortung für ihre politischen Fehler in erster Linie zu tragen. Wenn wir die Haltung der Nationalliberalen kritisierten, so haben wir dabei nichts anderes getan, als was die nationalliberale Presse der Sozialdemokratie gegenüber auch tut. In der Frage der Münchener Gesandtschaft sind die Nationalliberalen umgefallen nicht aus irgend welchen sachlichen Gründen, sondern aus purer Angst vor der Regierung und der Sehe des Zentrums. Eine Opportunitätspolitik, wie sie der „Mannheimer Generalanzeiger“ vertritt, lehnen wir entschieden ab, denn das hieße die politische Grundlosigkeit zum System erheben. Daß die Nationalliberalen keine irgendwie plausiblen Gründe für ihren Umfall in der Münchener Gesandtschaftsfrage haben, geht zur Genüge aus der Haltung der nationalliberalen Presse hervor, die gar nicht weiß, wie sie den Umfall begründen soll. Daher auch die Aufregung, in die sich der „Generalanzeiger“ hineingeschrieben hat.

Was der „Generalanzeiger“ über den liberalen Herrn v. Rodman schreibt, kann uns auch nicht zu einer Revision unserer Ueberzeugung veranlassen. Der liberale

Herr v. Bodman ist eine nationalliberale Phantasie. Der Hinweis, daß Herr v. Bodman durch einen noch weniger liberalen Minister ersetzt werden könnte, schreckt uns nicht im mindesten. Wir ziehen die Klarheit der Verschwommenheit vor. Jedenfalls sind wir nicht bereit, für den „Liberalismus“ des Ministers v. Bodman die Finger ins Feuer zu legen.

Was wir der politischen Situation im Lande schuldig sind, wissen wir, auf keinen Fall brauchen wir darüber irgend welche Belehrungen vom „Mannheimer Generalanzeiger“, der alle Ursache hätte, sich selbst die Frage vorzulegen, ob er in dieser Beziehung immer das Richtige getan hat. Es gab eine Zeit, wo gerade der „Generalanzeiger“ dem Zentrum reichlich Wasser auf die Mühlen lieferte. Wir sind jederzeit, und zwar konsequent, für ein möglichst weitgehendes Zusammenarbeiten der Linken eingetreten, aber für ein Zusammenarbeiten um jeden Preis sind wir nicht zu haben.

„Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei.“

So las man es in der am Sonntag in Berlin beschlossenen Erklärung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparlei. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, befragt nachstehendes kleines Flugblatt, das in Freiburg in Baden durch Mitglieder der Zentrumsparlei verbreitet worden ist:

„An die Katholiken des Stadtteils Stühlinger!“

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß in zahlreichen katholischen Familien unserer Stadt noch keine katholische Zeitung gehalten wird. Das hat eine Anzahl Männer des Stühlingers veranlaßt, sich zu einem Komitee zur Verbreitung der katholischen Presse im Stadtteil Stühlinger zusammenzuschließen. Dieses Pressekomitee hat sich in uneigennützigster Weise die Aufgabe gestellt, mit Unterstützung einer Anzahl Vertrauensmänner eine ständige Agitation für die katholische Presse, namentlich für unsere hiesigen Tageszeitungen — „Freiburger Bote“ — „Freiburger Tagespost“ zu betreiben.

Der Freimaurer, der Demokrat, der Liberale, der Sozialdemokrat, jeder liest das Organ seiner Partei. Diese unbeschränkte Tatsache sollte endlich einmal dem Katholiken die Augen öffnen und ihm ein Fingerzeig sein, daß auch er zu seinem Blatte greift und dieses ist die katholische Zeitung.

Sollte daher ein Katholik einer solchen noch kein Hausrecht gewährt haben, so möge er dies jetzt tun!

Um freundliche Aufnahme unseres Vertrauensmannes bitten Das Pressekomitee für den Stadtteil Stühlinger: gez. H. Thomma, Vorsitzender.“

Die empfohlenen Blätter sind natürlich ausgesprochene Zentrumsorgane. So spielt das Zentrum immer mit bedeckten Karten: offiziell will es keine konfessionelle Partei sein, unter der Hand aber arbeitet der ganze kirchlich-konfessionelle Apparat für die Partei, wie ihr bestes Agitationsmittel ja auch noch immer das Kulturkampfgeschrei ist: „Die Religion ist in Gefahr!“

Aus dem 46. Landtagswahlkreis.

(Worzhheim-Durlach-Ettingen.)

Die Ansetzung des Konservativen Schöpfle ruft bereits vor ihrer Erledigung im Landtage die Geister wach. So weiß der „Bad. Landmann“ (Zentr.) zu berichten, daß der sozialdemokratische Kandidat Müller-Worzhheim zurückgezogen und an seine Stelle der Altbürgermeister Wenner in Aue treten werde. Daran ist nicht kein Wort wahr: Müller bleibt!

Der nationalliberale „Mittelbadische Courier“ druckt in gleicher Angelegenheit kommentarlos einen, vielleicht langierten, Artikel des „Mastatter Tageblatts“ ab, in welchem folgendes ausgeführt wird:

„Schöpfle wurde im 46. Wahlkreis (Ettingen) mit 2015 Stimmen, d. h. mit Hilfe des Zentrums, im ersten Wahlgang gewählt. Der Kandidat der nationalliberalen Partei, Bibliothekar Kohr, erhielt 829 und der sozialdemokratische Kandidat Gastwirt Müller aus Worzhheim 1782 Stimmen. Schöpfle wurde demnach mit nur 4 (?) Stimmen Mehrheit gewählt. Die weitere Beweisführung“ bedeutet somit wie die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Bei dieser Wahlwahl wird es sich nun zeigen, ob die Sozialdemokratie wirklich die große Partei ist, für die sie sich gern ausgibt. Denn es unterliegt gar keinem Zweifel, daß — so wie die Verhältnisse in diesem Wahlkreis einmal liegen — nur der Nationalliberale Kandidat den Wahlkreis zurückerobert kann. Der sozialdemokratische Kandidat selbst ist auch dieser Ansicht. Es wird sich nun darum handeln, ob die sozialdemokratische Parteileitung die gleiche Einsicht besitzt. Darüber besteht wohl nirgends ein Zweifel, daß mit dem aus dem Volksschullehrerstande hervorgegangenen Herrn Kohr der Wahlkreis am besten vertreten wäre. Seine Wahl in den Landtag wäre nicht nur ein Gewinn für die nationalliberale Fraktion, sondern auch für die ganze Körperschaft.“

Wir müssen wirklich bedauern, daß sich die nationalliberale Partei mit diesem Artikel so vor aller Öffentlichkeit bloßstellt. Denn eine Bloßstellung ist das, weil damit die sichere Vermutung ausgesprochen wird: „Die nationalliberalen Wähler sind unsichere Skantonisten“. Und deshalb soll die Sozialdemokratie, welche nach Sachlage im 46. Kreis mit Berechtigung ihren Kandidaten hochhält „großartig“ sein und den nationalliberalen Kandidaten unterstützen! Das ist doch ein bißchen viel verlangt und auch unlogisch. Wir haben einen anderen Begriff von „Großartigkeit“ und sind der Meinung, daß wenn die nationalliberale Parteileitung im jedenfalls kommenden Wahlkampf den gleichen Eifer für den Sozialdemokraten Müller entfaltet, wie das zurzeit im Offenburger Reichstagswahlkampf seitens der Sozialdemokraten für den Nationalliberalen Bölsch geschieht, sie dem „ortsüblichen“ nationalliberalen Umfall zur eigenen Ehre parieren kann. Wenn sie das nicht kann, in welchem Rechte erscheint dann die nationalliberale Partei?

Mit aller Entschiedenheit müssen wir aber auch die in dem angezogenen Artikel enthaltene Annahme, als wäre nur Herr Kohr die geeignetste Vertretung des Kreises im Landtag, zurückweisen. Die Nationalliberalen mögen unferretwegen entzückt von ihrem Kandidaten sein, das gibt ihnen aber noch kein Recht, die anderen zu schmähen, umso mehr, da nach altbewährtem Sprichwort: Eigenlob frinkt!

Beleidigungsprozeß.

Aus Singen a. S. schreibt man: Einen interessanten Einblick in die zentriertliche Kampfmethode bot die Schöffengerichtsverhandlung vom letzten Dienstag. Zur

Verhandlung standen die Privatklagen der Herren Merz und Sped, Vorstandsmitglieder des Arbeiterausschusses der Maggwerke, gegen Herrn Kuen, Redakteur der „Singer Zeitung“, und Herrn Kuhn, Angestellter des christlichen Fabrikarbeiterverbandes, als stellvertretender Redakteur der christlichen „Gewerkschaftsstimme“.

Den Grund zur Klage bildete ein Artikel, in welchem die Vorgänge bei den Arbeiterauswahlwahlen total falsch wiedergegeben wurden, und worin man die Kläger in unflätiger Weise persönlich an ihrer Ehre angriff. Dieser Artikel hatte seinerzeit die Kunde durch fast alle Zentrumsblätter gemacht. Nach längeren Verhandlungen wurde auf Antrag des Gerichts in beiden Fällen ein Vergleich abgeschlossen. Die angeklagten Redakteure Kuen und Kuhn nehmen die persönlichen Beleidigungen zurück und ebenso auch die in dem Artikel aufgestellten beleidigenden Behauptungen, aus denen man entnehmen könnte, als ob die Wahlen zum Ausschuss unter Verletzung des Reglements vor sich gegangen wären. Außerdem haben sie sämtliche Kosten, auch die der Privatkläger, zu tragen.

Dieser Ausgang des Prozesses stellt eine schwere Niederlage der Zentrumsbewegung in den Maggwerken dar. Auf die einzelnen Erscheinungen in dem Prozeß werden wir nach dem Erscheinen der Widerrufe noch zurückkommen. Die Verurteilung des Singener Zentrumsredakteurs ist insofern interessant, weil derselbe erst am 31. Januar in der Klage des früheren Parteivorstehenden Störk gegen Kuen ebenfalls einen blamablen Vergleich eingehen und zwei Drittel der Kosten bezahlen mußte.

Verichtigung. Mit Bezug auf den Artikel „Zur Wehr“ des Vorstandes des sozialdemokratischen Vereins in Zell a. S. in Nr. 33 unseres Blattes schreibt uns Herr B. Weiz: Es ist nicht wahr, daß ich zu einem Herrn St. oder zu irgend sonst jemandem gesagt habe, die Verwaltung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins sei in Zahlungsverweigerungen geraten und deswegen ein Verwaltungsmittglied entlassen worden. Wahr ist, daß ich gesagt habe, daß ein Verwaltungsmittglied wegen Schwägerereien ausgeschieden worden sein soll, was ich auch dem den angezogenen Artikel unterschriebenen Herrn Harter persönlich sagte und dessen Richtigkeit sich inzwischen auch bestätigte. Die Insinuation einer Verleumdung weise ich auf das entschiedenste zurück. Zell a. S., 10. Februar. B. Weiz.

Zur Stichwahl im 7. Reichstagswahlkreis.

Noch ein Stichwahlabkommen des Zentrums.

Nachdem wir gestern zur Verhütung des schwarzen Entrüstungsdonners darüber, daß Herr Bölsch die Jenaer Stichwahlbedingungen unterschrieb, das Stichwahlabkommen des Zentrums mit der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1893 im gleichen Wahlkreis veröffentlichten, können wir heute noch nachtragen, daß sogar — bitte etwas mit dem Atem anhalten — Herr Wader in höchst eigener Person der Sozialdemokratische Erklärung abgegeben hat zwecks Erlangung von Wahlhilfe von unserer Seite, ebenfalls im Jahre 1893! Das sozialdemokratische Wahlkomitee veröffentlichte nämlich damals folgenden Aufruf:

An die Parteigenossen des 2. badischen Reichstagswahlkreises!

Nachdem Herr Wader Wader die schriftliche Erklärung abgegeben hat, gegen die Militärvorlage und gegen jeden Angriff auf Volksworte, speziell auf das geltende Wahlrecht zu sein, empfehlen wir den Parteigenossen, bei der Stichwahl am Samstag den 24. ds. Mts. ihre Stimmen für Herrn F. Wader abzugeben.

Ohne mit ihm auch nur im geringsten zu sympathisieren, halten wir ihn doch noch für einen besseren Volksmann, als den Junker Hornstein und haben deshalb von zwei Neben das Meinste gewählt.

Ersetze also jeder für Wader ein, damit der Freiherr von Hornstein unterliegt. Billingen, 21. Juni 1893.

Das sozialdem. Wahlkomitee.

Im fünften Wahlkreis (Freiburg), in dem Reichstagswahl Marbe (Zentr.) mit Winterer (lib.) in Stichwahl stand, gab Herr Marbe ebenfalls die Erklärung ab, gegen die Militärvorlage und jede weitere Belastung durch Steuern und für Beibehaltung des Reichstagswahlrechtes zu stimmen. Trotzdem beschlossen damals unsere Genossen Stimmhaltung.

Da die Zentrumspresse sich über Herrn Bölsch nicht genug entriiten kann, sind wir neugierig, mit welchem Jesuitenkniff diese die Zentrumsführer von damals gegenüber der Bölschfunde entschuldigt; vorausgesetzt natürlich, daß sie überhaupt erwidert, denn wenn sie festhalten, antworten sie gewöhnlich nicht.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 12. Februar.

Am Bundesrätisch Staatssekretär v. Delbrück. Präsident Dr. Kämpf eröffnet um 1 Uhr 15 Minuten die Sitzung. — Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt und zwar beim Titel Reichsversicherungsamt in Verbindung mit der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsvereinigungen.

Präsident Dr. Kämpf: Nach dem vorliegenden Stenogramm hat der Abgeordnete Bauer gestern gesagt, gewisse Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung seien ein Hohn auf den laienlichen Verstand von 1890. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte verstoßen gegen die Ordnung des Hauses. (Stimmen und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Sie enthalten eine Beleidigung sowohl des Reichstags als des Bundesrats. (Große Unruhe links, Sehr richtig! rechts.)

Abg. Del (Zentr.): Auch wir wünschen, daß die Reichspräsidentung im Reichsversicherungsamt unparteiisch und gerecht sei. Es wärlen in ihr doch aber auch Vertreter der Versicherten mit! Und dann stellt sich oft heraus, daß die Fälle ganz anders waren, als sie zuvor in der Presse geschildert wurden. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wenn ein Redner von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) drei Stunden lang spricht, so hören wir ihn ruhig an. Sie sind aber bereit, wenn jemand den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, ihn sofort

Schwierigkeiten zu machen. (Sehr richtig! rechts.) Wir sind in unserer Resolution, daß die in der Reichsversicherungsordnung vorgezeichneten Vorschriften behufs Vereinfachung der Rücklagen für den genossenschaftlichen Personalcredit, namentlich für Handwerker und sonstige kleine Gewerbetreibende bald erlassen werden. Wir beantragen die Ueberweisung der Denkschrift an eine Kommission.

Abg. Schulenburg (Nat.): So schlecht, wie die Reichsversicherungsordnung gestern von den sozialdemokratischen Rednern gemacht worden ist, ist sie denn doch nicht. Die Folgen werden sich allerdings erst später zeigen. Bezüglich der Rücklagen sollte man es bei dem bisherigen Zustand belassen. Von einer Rentenversicherung durch die Berufsvereinigungen kann keine Rede sein. (1) Die Rücklagen, die die Regierung verlangt, sind außerordentlich milde.

Abg. Siebenbürger (Konf.): Wir halten die übermäßige Ansammlung von Rücklagen nicht für erforderlich, werden aber in der Kommission mitarbeiten. Die bürgerlichen Parteien mögen sich an den Krankenkassenwahlen eifrig beteiligen, sonst wird die Sozialdemokratie bald wieder zur Oberherrschin in den Kassen kommen.

Staatssekretär Delbrück: Ich bin bereit, alle hier vorgebrachten Fälle zu prüfen und mich diesbezüglich mit dem Handelsminister in Verbindung zu setzen. Jedenfalls wird sich dabei herausstellen, daß der Vorwurf der Geschwätzigkeit nicht berechtigt ist und daß zwischen mir und dem Minister Differenzen wegen der grundsätzlichen Auffassung des Gesetzes nicht bestehen. Der Vorwurf, daß die Behörden geschwindig gehandelt hätten, ist ungerichtet. Lassen Sie uns Zeit, uns in dieses Gebiet einzulassen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Der Vorwurf des Staatssekretärs, daß die Behörden anfangs mit der Materie nicht genügend vertraut waren, können wir nur zustimmen.

Abg. Felsmann (Soz.): Die Entscheidungen der Versicherungsämter sind vielfach himmelschreiend.

Direktor Dr. Caspar: Die Frage der Kautionsstellung für die Befreiung von der Versicherungspflicht läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Die Landrentenkassen haben sich bemüht, die Uebernahme der Beamten der alten Kassen zu den neuen leicht zu machen. Die Regierung ist berechtigt, den Kassenbeamten die Befreiung von Reichsbesoldungen zu verweigern. Außerordentlich können sich diese Beamten politisch und religiös betätigen.

Abg. Aker (Zentr.): Zweifellos war es der Wille des Reichstags, die Verhältnisse der Berufsvereinigungen besser zu stellen. Es muß ihnen das Selbstverwaltungsrecht zustehen.

Abg. Feger (F. Vpt.): Die Klagen über die Rentenversicherung sind berechtigt. Wir verlangen, daß die Landarbeiter den Arbeitern in den Städten gleichgestellt werden.

Abg. Graf Mettner (Konf.): Die Landrentenkassen entsprechen den ländlichen Bedürfnissen. Sogar in den Großstädten wie in Berlin fordert man die Landrentenkassen für die Dienstbotenversicherung. Wir wünschen, daß den Kassenangehörigen Beamteneigenschaft erteilt wird, sie dadurch dem Beamtenrecht unterstellt werden und nicht mehr für die Sozialdemokratie agitieren können.

Abg. Gsch (Soz.): Die Konfessionellen wollen die ganze Arbeit der Versicherung unter die Polizeifantastik bringen. Sie haben nur Parteizwecke im Auge. Jede Befreiung eines Unternehmens von der Versicherungspflicht kann zu einer schweren Schädigung der Krankenkassen führen. Das Gesetz wirkt geradezu verheerend. (Der Präsidium entruft den Redner zur Ordnung.) Jetzt darf man nicht einmal mehr von Gesetzen sprechen. Der Präsidium: Ich verbitte mir jede Kritik und rufe Sie abermals zur Ordnung.)

Nach weiterer unerbittlicher Debatte schließt die Diskussion. Die Abstimmungen erfolgen morgen. Die Denkschrift geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Morgen 1 Uhr: Weiterberatung, vorher kurze Anfragen. Schluß 7 1/2 Uhr.

Kommunalpolitik.

* Bürgermeister Dietrich in Rehl soll zum Oberbürgermeister von Konstanz aufsteigen sein.

* Aus dem Bürgerausschuß in Heilberg. Dem Bürgerausschuß in Heilberg ging eine Vorlage zu, nach welcher der Betriebsbahnhof mit einem Aufwand von 135 000 M. vergrößert werden soll. Die Stadt baut den Bahnhof selbst und verpachtet denselben gegen eine Verzinsung der Kaufsumme mit 6 Prozent an die Heilberger Straßen- und Bergbau-Aktiengesellschaft. Die Vergrößerung der Anlage gibt ein getreues Bild von der erfreulichen Weiterentwicklung der Heilberger Straßenbahnanlagen. — Anstelle der geplanten Angleichung einer Realabteilung an die höhere Mädchenschule soll ein Gymnasium des Bürgerausschusses entgegenkommen ein Gymnasialabteilung angegliedert werden. Das Ministerium ist damit einverstanden. — Die sich stetig steigende Frequenz der städtischen Hallenbades macht eine Vergrößerung der Bannnenbadgelegenheit nötig. Insbesondere ist die Frequenz der 3. Klasse ganz erheblich gestiegen. Es wird jetzt eine Vermeerung der Bannnenbäder um sieben mit einem Aufwand von 5000 Mark durchgeführt werden.

Berichtszeitung.

* Ein diebstahlicher Kirchendiener. Der aus Herzenberg gebürtige Schuhmacher Gottlieb Kern war bei der katholischen Universitätskirche in Freiburg als Wehner angestellt. Als solcher demonte er die Kirchenbede, indem er sich Extravergeltungen für Arbeiten auszahlte, die er gar nicht geleistet hatte. Zum Kirchendiener gehörige Goldketten verlegte er auf einem Reihhaus, von dem Goch und einem Seitenaltar entfernte er die geschmückten Verzierungen und verkaufte sie an einen Antiquar. Nach der Ansicht eines Geistlichen hat Kern auch eine ausgesprochene Vorliebe für den Wehwein beunden. Die Strafkammer in Freiburg ging erheblich über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte K. zu 9 Monaten Gefängnis.

* Mit den Geheimnissen einer Wurstküche wird sich demnächst die Mannheimer Strafkammer zu beschäftigen haben. Bei einer Privatbeleidigungsklage des Inhabers der Mannheimer Wurstfabrik Albert Amsoff wurden von Metzgerburschen derart schwerwiegende Aussagen über die Reinlichkeit in der Wurstküche gemacht, daß die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung wegen Nahrungsmittelfälschung eingeleitet hat.

Aus der Partei.

* Amlingen, 12. Febr. Sozialdem. Verein. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß umfänglich über die Verammlung am Sonntag, 8. Februar, nicht abgehalten werden konnte, weshalb am Samstag, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthaus zur „Linde“ Mitgliederversammlung stattfand. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Krufe-Sarkrube über „Die Sozialdemokratie einst und jetzt“. 2. Die Verhältnisse im neuen Schulhaus, 3. Verschiedenes. Wir erwarten, daß jeder Parteigenosse in die Verammlung kommt. Auch sind Anhängler unserer Sache und Volkstreuefreunde freundlichst eingeladen.

Abst. 11. Febr. Sozialdem. Verein. Am Sonntag, 15. Febr., nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Nitter“ unsere Monatsversammlung statt. Genosse Ubele-Karlsruhe wird den in der letzten Versammlung begonnenen Vortrag über den 1. Teil unseres Programms fortsetzen. Es wird erwartet, daß unsere Mitglieder zahlreich in der Versammlung erscheinen; auch sind Freunde unserer Sache freundlichst eingeladen.

Aus dem Lande.

Durlach. Die Ortskrankenkasse Durlach befindet sich in der wohl seltenen glücklichen Lage, keine Ausschüßwahlen notwendig zu haben, da sowohl seitens der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer je nur eine Vorstandsliste eingereicht wurde.

Selbstmordversuch. Der ledige Gelegenheitsarbeiter Jakob Klein, der zuletzt in der Waderstraße eine „Papierwarenfabrik“ betrieb und sich seit Dienstag aus seiner Wohnung entfernt hatte, unternahm am Donnerstag nachmittag an der Pfing in der Nähe des Wines einen Selbstmordversuch, indem er sich mit einem Lergel in die Brust schoß und dann in die Pfing sprang. Vorübergehende Passanten zogen ihn heraus und verbrachten ihn in das städtische Krankenhaus. Seine Verletzungen erwiesen sich nicht als lebensgefährlich.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter den Viehbeständen des Gutes Rittmuthof des Herrn Gutsbesitzer Eduard Mertin ausgebrochen. Das Bezirksamt hat gemäß den bestehenden Vorschriften alle öffentlichen Vieh- und Wochenmärkte verboten, doch dürfte voraussichtlich auf diesbezügliche Vorstellungen des Ministeriums die Abhaltung von Wochenmärkten gestattet werden. Dagegen dürfte der wöchentliche Schweinemarkt sowohl als auch die Rindvieh- und Pferdemarkte hier bis auf weiteres nicht stattfinden.

Rastatt.

Arbeitergesangverein „Liedesfreiheit“. Letzten Sonntag, 7. Februar, fand im Lokal zum „Nappen“ die diesjährige Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Gesangsmitglied Wagemann gab den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß der Verein im verfloßenen Jahre eine sehr rege Tätigkeit entfaltet hat. Der Verein beteiligte sich auch an dem in Karlsruhe stattgefundenen Sängerfest und hatte einen sehr schönen Erfolg errungen, ein Beweis dafür, daß der Verein unter einer tüchtigen Leitung steht. Dem Kassierbericht war zu entnehmen, daß der Verein auch finanziell im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht hat, was als sehr erfreulich bezeichnet werden muß. Bei der Wahl des Gesamtvorstandes wurden die alten Vorstandsmitglieder mit Ausnahme der zwei Beisitzer einstimmig wiedergewählt, ein Zeichen, daß der Gesamtvorstand im verfloßenen Jahr gut gearbeitet hat. Es wurden noch verschiedene innere Angelegenheiten des Vereins geregelt, u. a. auch beschloßen, eine Sängerkasse einzuführen, die Vorarbeiten wurden dem Gesamtvorstand überlassen. Der Vorsitzende schloß um 11 Uhr mit einem freudig aufgenommenen Sängerchor die in allen Teilen sehr gut und sachlich verlaufene Generalversammlung. Wegen die dem Verein noch verbleibenden Arbeiter endlich einmal einsehen, daß für sie in den bürgerlichen Klubsvereinen kein Platz mehr ist. Es ist Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, dem Arbeitergesangverein „Liedesfreiheit“ beizutreten. Singstunden finden statt jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr. Anmeldungen werden auch daselbst entgegengenommen.

Der Wahlkampf bei der Ortskrankenkassenwahl. So wie die Christlichnationalen die Agitation vor den Wahlen geführt haben, mit den gleichen Mitteln haben sie den Kampf auch bei der Wahl geführt. In puncto Arbeit für diese Sache können die freien Gewerkschaften von den Christlichnationalen viel lernen, denn diese haben alles aufgegeben, um hauptsächlich die Dienstboten an die Wahlurne zu bringen. Der Jungfrauenverein, die kommenden Schwestern haben am Morgen des Wahltages die ganze Stadt mit Flugblätter und Stimmzettel übersäht. Sofort als die Wahl eröffnet wurde, setzten sie mit dem Schellen ein; aber wie! Wenn sich in der Nähe des Wahllokals ein Dienstmädchen sehen ließ, wurde es sofort von den Mitgliedern des Jungfrauenvereins umringt und an das Rathaus geschleppt. Gelang es uns, einem Mädchen einen Stimmzettel der freien Gewerkschaften zu geben, so wurde der Zettel sofort dem Mädchen von den zarten Jungfrauen aus der Hand gerissen und weggenommen. Unter großer Bedeckung wurde dann das Opfer von Jungfrauen und christl. Gewerkschaftlern ins Wahllokal geschafft. Es ist sicher, daß viele Dienstboten überhaupt nicht gewagt haben, was sie wählen, da ihnen durch die „Arbeit“ der Jungfrauen gar keine Zeit blieb, den Zettel anzusehen. Daß die Arbeit der Christlichnationalen, wenn sie auch mehr wertvoll als schon genannt werden muß, von Erfolg war, geht aus dem Resultat der Wahl hervor, haben sie ja 18 Sitze von 40 geholt. Wenn die freien Gewerkschaften nur im Entferntesten so gearbeitet hätten wie ihre Gegner, dann hätten denselben bestimmt noch vier Sitze abgenommen werden können. Es mag ja wohl der Fehler, daß auf der Liste der freien Gewerkschaften keine weiblichen Mitglieder auch nur die geringste Forderung haben konnten, gewagt zu werden, zu dem Erfolg der Gegner etwas beigetragen haben, denn diesen Fehler, welchen die freien Gewerkschaften bei der Aufstellung der Liste gemacht haben, haben sich die Gegner bei ihrer Agitation gründlich zunutze gemacht. Diese Wahl hat gezeigt, wo der Hebel anzusetzen ist. Es muß alles daran gesetzt werden, das weibliche Geschlecht für unsere Sache zu interessieren, denn nur wenn auch die weiblichen Mitglieder der Kasse von dem Geist des Gewerkschaftlichen durchdrungen sind, kann auf einen vollen Erfolg unsererseits gerechnet werden.

Baden-Baden.

Gesangverein „Frischhut“. Sonntag, 15. d. M., abends 8 Uhr beginnend, findet in den Lokalitäten des „Hotel Geiß“ eine karnevalsartige Sitzung mit reichhaltigem Programm und darauffolgendem Ball statt. Hierzu sind alle Mitglieder nebst Angehörigen, sowie alle Freunde und Genossen freundlichst eingeladen.

Die Eröffnung des Landesbades ist auf den 20. Februar festgesetzt worden.

Eröffnung des Badebetriebs. Das Groß. Inhalatorium wird am Montag wieder eröffnet werden.

Errichtung eines Kindergartens. Von privater Seite ist die Errichtung eines Kindergartens für noch nicht schulpflichtige Kinder geplant.

Offenburg.

Die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells am Mittwoch abend war gut besucht. Zu Punkt 1. Geschäftsbericht gab der Vorsitzende Verl ein umfassendes Bild über die Tätigkeit des Kartells im verfloßenen Jahre. Er hob besonders hervor, daß durch die wirtschaftliche Krise, schlechte Bautätigkeit am Platze unsere Agitation gekemmt war; viele Kollegen mußten abreisen und anderweitig Arbeit suchen. Unter diesen Verhältnissen hatten auch die Wahlen zur Ortskrankenkasse um zu leiden. Es ist noch ein weites Arbeitsfeld zu bearbeiten, um auch endlich in verschiedenen Betrieben, in denen die Organisation jetzt keinen Fuß fassen konnte, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Durch die Verschmelzung der Biblio-

thek ist eine bedeutende Erweiterung geschaffen worden, jedem Gewerkschaftler ist nun Gelegenheit geboten, sein Wissen zu erweitern. Es wurde auch im letzten Jahre eine Arbeitslosenabteilung vorgenommen, die aber noch Mängel aufzuweisen hat, da nur ein kleiner Bruchteil Arbeitsloser erfasst wurde. Der Mitgliederstand der angeschlossenen Gewerkschaften ist befriedigend. An den Geschäftsbericht schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der Winke und Ratschläge zur weiteren Agitation gegeben wurden. Anschließend an den Geschäftsbericht erstattete der Kassier den Kassienbericht, der ebenfalls befriedigte. Von Seiten der Revisoren wurde Entlastung beantragt, was einstimmig gutgeheißen wurde. Bei Punkt „Neuwahl der Verwaltung“ wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt mit Ausnahme des Kassiers, der eine Wiederwahl ablehnte. Als Kassier wurde dann Kollege Ernst gewählt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten konnte die Versammlung geschlossen werden. Es gilt jetzt die gehörten Winke zu beherzigen, dann wird auch hier die freie Gewerkschaftsbewegung vorwärts schreiten, zum Wohle des gesamten Arbeiterstandes.

Der Arbeiterfahrereverein Solidarität hält unter Mitwirkung des Arbeitergesangvereins „Freiheit“ am Sonntag den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Bärringer Hof“ einen närrischen Kappenabend ab. Freunde unserer Sache sowie solche eines gewissen Humors sind willkommen und wird zahlreicher Besuch erwartet.

Gemeinnützige Baugenossenschaft Offenburg. Wie bereits im Anzeigenteil mitgeteilt wurde, findet am Sonntag, 15. d. M., nachmittags halb 3 Uhr, in der „Rospalle“ die Generalversammlung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Offenburg e. S. m. b. H. statt. Den Mitgliedern diene zur Nachricht, daß in dieser Versammlung die eigens für die Genossenschaft gefertigten Pläne ausgestellt und von Herrn Architekt Göttele aus Stuttgart erläutert werden. Auch für Nichtmitglieder ist die Besichtigung der Pläne von mittags 1 Uhr bis zu Beginn der Generalversammlung gestattet. Alle Mitglieder und deren Angehörige werden nochmals freundlichst zu dieser Versammlung eingeladen.

Erklärung.

Herr Emil Heiß, Kassienbiener, schreibt uns: Unter der Ueberschrift „Eine kleine Anfrage an die Ortskrankenkassenverwaltung“ aus Offenburg in Nr. 35 Ihres Blattes wird u. a. behauptet, der Kassienbote Heiß habe im Tag 2-3mal vor das Pfarrhaus des Herrn Pfarrkuraten Karle. Ich bitte deshalb um Aufnahme folgender Erklärung: „Es ist unnahe, daß ich im Tag 2-3mal vor genanntem Pfarrhaus fuhr, am allerwenigsten während meiner Dienststunden. Wahr ist, daß ich in meinen freien Stunden in Vereinsangelegenheiten hier und da in das Pfarrhaus des Herrn Pfarrkuraten Karle, dem Präses des katholischen Arbeitervereins, komme und glaube soviel Freiheit für mich noch in Anspruch nehmen zu dürfen. Was meine freie Zeit angeht, so habe ich darüber weder der Ortskrankenkassenverwaltung noch irgend jemandem Rechenschaft abzugeben.“

Weiter schreibt uns Herr Pfarrkurat Karle: „In Nr. 35 Ihrer Zeitung berichten Sie: „Der Kassienbote Heiß fährt im Tag 2-3mal in das Pfarrhaus des Herrn Pfarrkuraten Karle.“ Ich bemerke, daß obige Behauptung absolut unrichtig ist. Heiß kommt in seiner freien Zeit ab und zu bei mir vorüber, niemals aber während seiner Dienststunden und auch nicht jeden Tag 2-3mal. Ich kann aber doch gewiß nicht annehmen, daß man dem Herrn Heiß es verbieten will, während seiner freien Zeit mein Haus zu betreten.“

Mannheim, 12. Febr. In der vergangenen Nacht gegen halb 11 Uhr brach in dem Mannheimer Holzwerkzeug- und Korbwarenfabrik an der Düsselborferstraße Feuer aus. Trotzdem sofort die freiwillige Feuerwehr von Heilmann und mehrere Fabrikfeuerwehren zur Stelle waren und sich eilig an den Löscharbeiten beteiligten, brannte die Korbwarenfabrik, ein etwa 40 Meter langes, 20 Meter breites und 2 Stodwerke hohes Gebäude vollständig nieder. Das Feuer bedrohte auch verschiedene andere Gebäude, die aber zum größten Teile geschützt werden konnten. Nur an dem Wurzgebäude wurde das Dach beschädigt. Der Schaden wird auf 165 000—170 000 M. geschätzt. Man vermutet, daß Brandstiftung vorliegt und es wurde bereits der Tagelöhner Schauer mann aus Mandach bei Ludwigshafen unter dem Verdachte, das Feuer gelegt zu haben, verhaftet. Schauer mann hat in der letzten Zeit in dem Betriebe gearbeitet. In der niedergebrannten Fabrik wurden ungefähr 100 Arbeiter beschäftigt.

Mannheim, 12. Febr. Heute vormittag sprang von der Eisenbahnbrücke der Hessischen Ludwigsbahn ein Mädchen in den Neckar und ertrank. Der Name, die Herkunft und das Alter der Lebensmitleid ist nicht bekannt. Die Leiche konnte noch nicht gelandet werden.

Jell, 12. Febr. Hier verunglückte der Säger Otto Bund dadurch, daß seine fahrbare Holzäge auf der Wisenbrücke ins Rutschen kam und ihn gegen den Präsidenten drückte. — Ein Kindohl verfuhrte ein junges Mädchen zu vergewaltigen. Auf die Hilfe der Mutter wurde er das Weite und entkam unerkannt.

Billingen, 11. Febr. In einem Hause der Brunnenstraße wurde vorgestern auf dem Speicher ein vorläufig noch Unbekannter an vier Stellen Feuer anzulegen, wurde aber von seinem verbrecherischen Vorhaben gestift.

St. Blasien, 11. Febr. Vorgestern geriet der Landwirt K. Kuppeler unter seinen beladenen Holzschlitten und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Lebensführung ins Spital nötig machten.

Waldmühlbach, 11. Febr. Gestern vormittag brach auf Bis jetzt noch unaufgeklärte Weise in dem Doppelwohnhaus des Johann Zimmerer und Josef Schmid Feuer aus, dem das ganze Anwesen in der Zwingerstraße zum Opfer fiel. Das Vieh, sowie ein großer Teil der Fahrnisse konnte in Sicherheit gebracht werden. Die Brandbeschädigten sind verstorben.

Gewerbe- und Industrieausstellung in Schopfheim. Die Vorarbeiten für die diesjährige Gewerbe- und Industrieausstellung in Schopfheim sind in vollem Gange. Bereits haben 150 Gewerbetreibende und Industriefirmen des Bezirkes ihre Beteiligung als Aussteller zugesagt, darunter 20 der bedeutendsten Firmen des Westens zwischen Zell und Steinen. Um alle Interessenten möglichst nachdrücklich und häufig auf die Ausstellung hinzuweisen, hat deren Leitung eine Serie von 16 Postkarten in zunächst 100 000 Stück Auflage herstellen lassen. Diese geben außer dem Bilde einer Markgräflerin in Volkstracht, 14 Ansichten aus der Stadt Schopfheim und deren Umgebung wieder.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. Februar.

Handlungsgehilfenversammlung.

Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft“ kaufmännischer Verbände, Ortsgruppe Karlsruhe, hielt Mittwoch abend im Saal 3 der Brauerei Schreymp eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der Herr Sahn aus Mannheim über die Kaufmannsgerichtswahlen sprach. Herr Sahn schilderte die Verhältnisse im Handelsgewerbe und wies mit Nachdruck darauf hin, daß in Bezug auf die Sozialpolitik

die Regierung vollständig im Fahrwasser der Scharfmacher liegt. An dem ungeheuren, industriellen und wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen, hätten die Handlungsgehilfen keinen Anteil, trotz des reichen Dividendenreichtums der Unternehmer. Nebenkrankheiten und die Tuberkulose seien bei den Handlungsgehilfen weit verbreitet. Die Söhne, die man an den Fabriktoren treffen kann, daß ältere Arbeiter nicht mehr eingestellt werden, gelten nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Angestellten. Die Angestellten werden durch die Unternehmer gezwungen, sich immer enger zusammenzuschließen, die Selbstverflechtung innerhalb der Gehilfenschaft sei eine kurzfristige Politik, an der die Unternehmer ihre helle Freude haben.

Soweit Herr Sahn, und es ist alles gut und schön, was er meinte, aber trotz der Erkenntnis des Gegenjages zwischen Prinzipal und Gehilfen, zwischen Kapital und Arbeit kann er sich nicht zu der Einsicht aufschwingen, daß „von der Art“ der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter für „unseren Stand viel zu erwarten ist“. Am Zentralverband hatte der Herr Referent nichts auszuwerfen, umso mehr tauchte er mit den Teutichnationalen mande Lebenswürdigkeit aus. Die Kadaverjünglinge konnten es wieder nicht unterlassen, in der üblichen Weise ihre „Bildung“ zu beweisen. Trotzdem ihnen freie Diskussion zugesichert war, unterbrachen sie den Redner fortwährend durch Zwischenrufe und lärmende Herausforderungen. Ein teutschnationaler Herr Lippold hat die fürchterliche Entdeckung gemacht, daß die „Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“ bei der Kaufmannsgerichtswahl in München sich der Führung der — Sozialdemokratie anvertraut hat. Aus diesem Grunde gingen die Teutichnen auch bei den Kaufmannsgerichtswahlen in Karlsruhe selbständig vor, da ein wahrhaft teutichner Mann mit solchen Elementen, die mit Sozialdemokraten zusammengehen, um Himmelswillen nichts zu tun haben darf. Und die geistesarmen, bedauernswerten Jünglinge des D. S. L., die sich von den Arbeitern nur dadurch unterscheiden, daß sie mit hohen Kragen einhergehen und am Monatslohn weniger Geld als die Arbeiter in der Tasche haben und vielfach länger noch als sie ins Loch gespannt sind, flätischen frenetischen Weisfall.

Auch diese Versammlung hat bewiesen, daß die sich ihrer Lage klar bewußten Angestellten im Handelsgewerbe am Wahltag nun denjenigen Vertretern ihre Stimme geben können, die aus den von Herrn Sahn geschilderten Zuständen in ihrem Verufe die Konsequenzen gezogen haben und zwar die, daß es im Handelsgewerbe so wenig wie in anderen Verufen eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit geben kann, und daß die Arbeit sich gegen das Kapital nur durch Kampf durchsetzen kann. Das fand einzig und allein die Vertreter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Ein „Stimmungsbild“ des „Karlsruher Tagblatt“.

Das „Karlsruher Tagblatt“ bringt in seiner gestrigen (Donnerstag-) Nummer folgenden „eigenen Drahtbericht“:

Berlin, 11. Febr. Gestern in später Abendstunde wurde im Abgeordnetenhaus eine fünfstündige Rede des sozialdemokratischen Abg. Hoffmann abgehalten, weil die Stenographen erklärten, nicht mehr weiter zu können. Heute sprach der konservative Graf von der Groeben den Stenographen noch seine besondere Anteilnahme aus. Eine solche Mühe aber auch dem preussischen Abgeordnetenhaus und allen ehrlichen Anhängern der parlamentarischen Idee ausgesprochen werden, die durch die strapaziöse Ausnützung der Redefreiheit schwer kompromittiert erscheint. Alle bürgerlichen Blätter suchten heute nach genügend starken Ausdrücken, um diesen Mißbrauch zu brandmarken, denn bei der Hoffmannschen Rede, die heute noch zwei Stunden fortgesetzt wurde, handelte es sich nicht um die technische Konstruktion einer zweifelhaften Minorität und um einen bestimmten politischen Zweck, und noch weniger um ein sachliches Mittelungsbedürfnis, sondern um zugestandenermaßen um einen Raubakt, bei der die üblichsten Sanktionen sich in plumpen Beschimpfungen der Minister und Beamten und in widerlichen zweideutigen Scherzen enthielten.

Die Mehrheit suchte eine zeitlang durch ungenierte Privatunterhaltungen ihre Gleichgültigkeit zu zeigen. Da aber der Präsident korrekt unparteiisch seines Amtes waltete, verließen fast alle Mitglieder den Saal.

Heute hatte leider die Senation zahlreiche Kränkenbesucher angelockt. Unterstaatssekretär Holz protestierte gegen die gestrigen Beschimpfungen der Minister, war natürlich aber nicht in der Lage, dies in der gewünschten Form zu tun. Der Nationalliberal Fudermann tritt später, nicht ab irato an eine Vernehmung der Geschäftsordnung heran, wenn aber der Mehrheit die Geduld reiche, sei eben die Sozialdemokratie daran schuld. So werden die Ungezogenheiten des Hoffmann leider ohne Folgen bleiben und den Schaden hat nur das Ansehen des Parlaments.

Kein anständiger Mensch wird verlangen, daß wir mit dieser erbärmlichen Feilensänderarbeit uns irgendwie sachlich auseinandersetzen. Diese Reichsverbandsleitung richtet sich von selbst. Sie steht auf genau derselben tiefen Stufe, wie die Verleumdung, die sich daselbst kürzlich gegenüber unerm Genossen Scheidemann geleistet hat und die zurückzunehmen das Blatt noch nicht den Anstand gefunden hat, trotzdem Gen. Scheidemann klipp und klar die Unwahrheit der Behauptungen nachgewiesen hat. Wir werden uns auch darüber, wenn es den Anstand nicht finden sollte, keine Verleumdungen als bald zurückzunehmen, mit dem Blatt noch auseinandersetzen.

Dieses „Karlsruher Tagblatt“ aber, das solche Beschimpfungen sozialdemokratischer Führer bringt, wird in Hunderten von Arbeiterwohnungen gelesen. Schämten sich diese Arbeiter denn wirklich nicht, mit ihrem Gelde ein Blatt zu unterstützen, das in derart widerlicher Weise ihre Führer und Abgeordneten beschimpft? Ist das nicht auch Verrat an der eigenen Sache, das Geld mit herzugeben, damit solche Blätter überhaupt existieren können? Für eine Arbeiterfamilie, die auf Sauberkeit in allem hält, auch in bezug auf die Deküre, muß es angefaßt solcher Leistungen unbedingt heißen: Herkus mit dem Wisch aus der Arbeiterwohnung.

Rintheim. Die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am Samstag, 14. Februar, abends halb 9 Uhr, im Lokal statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Dietrich

über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vor hundert Jahren. Wir bitten die Genossen, zahlreich zu erscheinen.

* Landtagsabgeordneter Pfarrer Schell (Str.) erlitt gestern nachmittags beim unvorsichtigen Abspringen von der Elektrischen einen schweren Unfall, indem er sich einen Bruch des Schultergelenkes zuzog.

* Zusammenstoß. Mittwoch vormittag wurde das Transportrad eines Konditors in der Waldstraße vor der Wirtschaft zum „Felsen“ in der Kriegstraße von dem Anhängerwagen des Restaurants einer hiesigen Fabrik angefahren und stark beschädigt. Außerdem sind 7 Kartenplatten zertrümmert worden.

* Unternehmerrückblick. In unserem gestrigen Artikel unter vorstehender Überschrift bitten wir unsere Leser richtigzustellen, daß der genannte Obermeister nicht Wiß, sondern Witt heißt.

* Diebstahl. Durch das Oberlicht der Ladentüren dreier Läden in der Waldstraße stieg in der Nacht vom 11. auf 12. d. M. ein Dieb. In einem Falle fielen ihm 567 M. in die Hände, während er in den beiden anderen Läden nur Wechselgeld im Betrag von von 6 M. bzw. 11 M. entwendete. Als Täter kommt ein Blechmergelhilfe in Betracht, der in letzter Zeit in Heidelberg, Nürnberg, Augsburg und Stuttgart ähnliche Diebstähle verübt hat.

Veranstaltungen.

Der Musikverein „Harmonie“ veranstaltet am Sonntag den 15. ds. Mts. seine 2. Damen- und Fremdenkonzert in der „Walhalla“. Der Verlauf der 1. Sitzung des Vereins hat Zeugnis abgelegt, daß nur Gebiegenes geboten wird; bürgt doch schon der Name des Präsidenten Böhlinger dafür. Hoffentlich werden die Bemühungen des Vereins durch einen guten Besuch entschädigt. Der Beginn der Veranstaltung ist auf nachmittags 4 Uhr festgesetzt.

* Verband der Gastwirtsgehilfen. Für die Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten veranstaltet der Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Karlsruhe, am Mittwoch den 18. Februar in den neu hergerichteten schönen Sälen der „Eintracht“ einen Maskenball. Einmal im Jahre dürfen auch die Angestellten im Gastwirtsberuf, die ständig um das Wohl der Gäste besorgt sein müssen, fröhlich und ungezwungen sich zusammen selbst als Gäste fühlen. Für gute Unterhaltung ist Sorge getragen, sodas ein gnußreicher Abend geboten sein dürfte. Es wird zu recht zahlreichem Besuch freundlichst eingeladen. (Siehe heutiges Interat.)

* Kolloseum. Die „Erl-Bühne“, deren Gastspiel nur noch drei Tage dauert, hat für heute Freitag den 13. Februar, vielseitigen Wünschen entsprechend, nochmals die Posse „Der heilige Florian“ angefügt. Für Samstag, 14. Februar, ist die Komödie „Das Gnadenbild“, eine Komödie in 4 Akten von Briz, vorgesehen. Am Sonntag, 15. Februar, finden die beiden Abschiedsvorstellungen nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr statt und wird die mit großem Lacherfolg aufgeführte Posse „Der Amerikajeppl“ gegeben werden.

* Kolloseum. Als 10. d. M. kommt wieder ein Varieteprogramm zur Abwicklung. Unter den von der Direktion gewonnenen nur erstklassigen Künstlern dürfte Chevalier Thörn mit seinen Illusionen wohl einen ersten Platz einnehmen. Die Vorstellungen von Chevalier Thörn haben überall, wo er bis jetzt gastierte, größtes Aufsehen hervorgerufen. So finden wir, um eine Zeitungstimme herauszugreifen, über sein Auftreten in Bern in der Schweiz im „Bund“ folgende Aufzählungen: „Chevalier Thörn, der berühmte Virtuose der Varieté-Illusionen, hat jedenfalls weise gehandelt, daß er erst jetzt und nicht schon im Mittelalter auf die Welt und nach Bern gekommen ist, denn damals wäre er höchstwahrscheinlich als Hexenmeister verbrannt worden. Seine Leistungen sind in der Tat derart, daß man sich jeden Augenblick fragen muß: „Geht das eigentlich noch mit rechten Dingen zu?“ Einen Käfig mit einem lebenden Kanarienvogel drin wirft er mitten im Zuschauertraum anscheinend über den Kopf und plötzlich ist nichts mehr da: Käfig und Vogel sind vor den Augen der gespannt hinschenden Zuschauer spurlos verschwunden. In einer leeren Tonne, die oben und unten mit Papierbedeln verschlossen wird, erscheint plötzlich Diogenes, und ein junger Mann, der auf einer Wähe mit einem Reichtum bedeckt worden war, verschwindet spurlos in der Luft. Derartige „Illusionen“ folgen sich eine nach der andern und eine verblüffender als die andere. Thörn, der mit seinen Zauberkünsten die ganze zweite Hälfte des neuen Programms ausfüllt, arbeitet mit einem Apparat von 7-8 Gefäßen und einem ganzen Arsenal von allerlei Vorrichtungen, von denen, wie man uns sagte, manches Stück 20000-30000 Fr. kostet.“ — Man kann also dem Gastspiel von Chevalier Thörn im hiesigen Kolloseum mit berechtigter Spannung entgegensehen.

Neues vom Tage.

Speier, 12. Febr. Ein schreckliches Unglück ereignete sich gestern in der Nähe des Angelwaldes, wo die Frau des Brautwerbers Uhrig mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen von 7 Jahren und einem Knaben von 11 Jahren Holz holte, um den Weg abzukürzen, versuchten sie ein mit Eis bedecktes Altwasser zu überschreiten, brachen aber hierbei alle drei ein. Während die beiden Kinder ertranken, konnte deren Mutter von herbeigekommenen Leuten mit knapper Not gerettet werden.

Steuerhinterziehung. Neustadt a. S., 12. Febr. Eine größere Steuerhinterziehung ist hier festgestellt worden. Der kürzlich verstorbene Rentner Emil Wolf hat ein Vermögen von 1 1/2 Millionen hinterlassen, aber die Steuer für dieses Vermögen nicht in dieser Höhe veranlagt. Die Erben sollen nunmehr auf 20 Jahre zurück die Steuer entrichten. Sie wollen für sich den Generalpardon in Anspruch nehmen. Die Entscheidung der Behörden darüber, ob der Generalpardon auch in solchen Fällen in Anspruch genommen werden kann, steht noch aus.

Der Schrecken von Brüssel. Brüssel, 11. Febr. Das Erscheinen eines Tigers versetzte gestern einen ganzen Stadtteil von Brüssel in die allergrößte Aufregung. In dem Vorort Zelles befindet sich seit einiger Zeit eine Menagerie Hagenbeds. Als gestern Angestellte derselben die Raubtiere füttern wollten, entwich ein riesiger Königstiger aus einem der Käfige, ohne daß es jemand bemerkt hatte. Das Raubtier erschien plötzlich auf dem Marktplatz von Zelles, wo gerade Markt abgehalten wurde. Ruhig schritt er bis in die Mitte des Platzes, wo er sich nach allen Seiten umschau. Marktfrauen und Käufer ergriff beim Anblick des Tieres die größte Panik. Alles stieh in wilder Flucht auseinander. Der Tiger, der nicht die geringsten Angriffslust zeigte, ging majestätischen Schrittes quer über den Platz in einen Tabakladen, wo er sich, zum größten Schrecken der Verkäuferin, hinter den Ladentisch legte. Er war im Begriff einzuschlafen, als zwei Wärter der Menagerie auf dem Plane erschienen und ihn in einen eiligst herbeigeschafften Käfig hineintrrieben. Kurz darauf erschien auch ein ganzes Heer von Polizisten, mit Revolvern und Totschlägern bewaffnet, jedoch zu spät, denn die Bestie war bereits hinter Schloß und Riegel.

Von einem entlassenen Arbeiter erschossen. Trier, 12. Febr. Betriebsingenieur Pichler von der Maschinenfabrik Stabilimento Technico wurde von einem entlassenen Arbeiter aus Rache durch einen Revolverhieb getötet. Der Mörder ist entflohen. Etwa 800 Arbeiter der Fabrik haben aus Anlaß des Attentats die Arbeit niedergelegt.

Letzte Nachrichten.

Arbeitslosenanstrengungen. Berlin, 12. Febr. Die Stadtverordnetenversammlung nahm unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung den Ausschuß-Antrag auf Gewährung zinsfreier Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 300 000 M. an vorübergehend in Not geratene Personen an. Die Debatte war sehr lebhaft.

Weitere Volkstungebungen. Stockholm, 12. Febr. Dem bisherigen Ministerpräsidenten wurden gestern, als er das Reichstagsgebäude verließ, von einer großen Menschenmenge lebhaft Ovationen dargebracht. Die Menge zog dann vor das Haus des Sozialistenführers Branting, wo Hochrufe auf die Republik ausgebracht wurden. Die Polizei zerstreute die Demonstranten. Später versammelte sich eine Volksmenge vor dem Schloß, um dem König eine Huldigung darzubringen. Der König dankte vom Balkon aus für die Ovationen des Volkes.

Arbeitslosendemonstration. Wien, 12. Febr. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Partei veranstalteten 2000 Arbeitslose heute Vormittag einen stillen Demonstrationzug vom Schwarzenbergplatz bis zum Rathaus. Am Zuge beteiligten sich auch zahlreiche Mitglieder des Reichsrates, des Landtages und der Gemeindeverwaltung. Die Zugänge zum Parlamentsgebäude und zum Rathaus waren von einem Polizeicordon abgesperrt. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig. Um 11 Uhr löste sich der Zug auf, ohne daß es zu Aufruhr gekommen wäre.

Aus Mexiko. Neu-York, 12. Febr. Ein Telegramm aus El Paso bestätigt die Nachricht von der Gefangenahme und Hinrichtung Carrillos und sechs seiner Anhänger durch Truppen der Konstitutionalisten. Nach einem Telegramm, das General Villa von Rebellen erhalten hat, fand die Gefangenahme am Montag, 45 Meilen von Pearson in Chihuahua, statt.



Achtung!



Sätärätä!!!! Die „Knallerbs“ ist fertig.

Sie erscheint Samstag Nachmittags. Bestellungen wollen sofort gemacht werden.



Briefkasten der „Knallerbs“.

Zöblingen. Erscheint. Sorgt für guten Absatz. Rintheim. Erscheint. Wunde umgearbeitet.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Gesangverein Gleichheit.) Freitag, 9 Uhr, Singstunde. (Vollständiges, pünktliches Erscheinen aller Sänger notwendig. 8 Uhr Auskündigung (Lokal). 7265
Karlsruhe. (Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.) Die auf 14. d. M. bekannt gegebene Mitgliederversammlung findet 8 Tage später statt. 7275
Karlsruhe. (Naturfreunde.) Sonntag, 15. Februar: A. Tages-tour: Herrenalb, Teufelsmühle, Gernsbach. Abfahrt 6.40 (Albtal) nach Herrenalb. Fahrpreis 1.46 M., Gehzeit 8 St. B. Bei günstigen Schneeverhältnissen Skitour: Abfahrt 5.38 (Hauptbahnhof) nach Oberthal, Gundersel (dieselbst Beiwohnen des Wettlaufs). Abfahrt von Gundersel nach Heberstein-funft. 7277
K. Mühlburg. („Bruderbund“.) Heute Freitag Singstunde für Männerchor. Samstag Mitwirkung beider Chöre bei den Bierbrauern, abends halb 9 Uhr im „Kühlen Krug“. Voll-zähliges Erscheinen Ehrenfache. 7276
Rintheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag den 14. Febr., abends halb 9 Uhr, Monatsversammlung mit Vortrag. 7268
Durlach. (Metallarbeiterverband.) Wir erjuden unsere Mit-glieder, die Bibliothekbücher bis längstens 1. März zurück-zugeben. Wegen vollständiger Neuregelung wird die Biblio- thek an diesem Zeitpunkt geschlossen. 7205.2
Ubstadt. (Sozialdem. Verein.) Sonntag, 15. Febr., nachm. 2 Uhr, im „Ritter“, Monatsversammlung mit Vortrag. 7268
Gernsbach. (Soz. Wahlverein.) Sonntag morgen Punkt 10 Uhr im „Lamm“ Verjammlung. 7286

Wasserstand des Rheins.

13. Februar. Schusterinsel 0.98 m, gest. 3 cm, Rehl 1.85 m, gest. 5 cm Maxau 3.39 m, gest. 9 cm, Mannheim 2.52 m, gest. 8 cm



Engler-Sportfreunde! Köderische stets zu haben Gaa, Kemner, Hardstr. 4a.



Probieren Sie doch mal Kathreiners Malzkaffee und dann sagen Sie mir: Schmeckt er nicht wie Bohnenkaffee? Er ist aber auch richtig zubereitet!

Advertisement for shoes and boots. Text: Sie erhalten in unserem Total-Ausverkauf Schuhe u. Stiefel umsonst aber nicht ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. Schuhhaus H. Stern nur Kriegstraße 24 am alten Hauptbahnhof. 7272

Advertisement for K. F.-C. Phönix. Text: (Phönix-Alemannia) e. V. Sportplatz links d. Rheinalbahn entlang. — Telefon 1338. Sonntag, 15. Februar 1914. Vormittags 10 1/2 Uhr: II. Mannschaft gegen Telegraphen-Bataillon. Nachmittags 1 Uhr: V. Mannschaft gegen F.-C. Pforzheim V. Voranzeige. Sonntag den 22. Februar, Union Stuttgart auf unserem Platz. 2002
Fussball-Club Mühlburg Verein für Rasenspiele e. V. — Gegr. 1905. (itzl. d. Verb. südd. Fussball-V. Samstag, den 14. Februar: Grosser Narren Abend im Sportshaus. Sonntag, den 15. Februar: 3. Mannschaft in Durlach 4. Mannschaft geg. F.-V. Beiertheim auf uns. Platze 1/3 Uhr. A. H.-Mannschaft in Durlach 1/2 Uhr. Montag, den 23. Februar: Kostüm-Kränzchen im Gasthaus zum „Hirsch“. NB. Der Narrenabend findet nicht heute sondern erst am Samstag abend statt. 2008
Gartenstraße 1, 1. Stod. Durlach, möbliertes Zimmer zu vermieten.

Samstag
Sonntag
Montag

Starkbier Brauerei im Stehwagen

aus der
A. Printz

Rüppurrer
Uebergang
H. Köbrig.

7261

Maskenball für alle Angestellten im Hotel-, Café- und Restaurant-Gewerbe.

Einladung.

Mittwoch den 18. Februar, abends 7/9 Uhr, in den Sälen der „Eintracht“, Karl-Friedrichstr.



Großer Maskenball.

Hierzu laden wir alle gastwirtschaftlichen Angestellten u. Gewerkschaftsmitgliedern nebst Angehörigen höflichst ein. 7281

Der Vorstand des Verbandes der Gastwirtschaftlichen. Ortsverwaltung Karlsruhe. Büro: Rüppurrerstr. 22/III. — Tel. 3577.

Arbeiter der Stadt Karlsruhe!

Samstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saale der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13,

öffentliche Versammlung

für alle im Dienste der Stadtgemeinde stehenden Arbeiter statt, mit folgender Tagesordnung:

„Wie stellen sich die städtischen Arbeiter zu dem Änderungsantrag des Statuts.“

Referent: Gauleiter und Stadtrat Rich. Beckmann, Mannheim. Es liegt im Interesse eines jeden städt. Arbeiters in der Versammlung zu erscheinen, da dieselbe den Arbeitervertretern das nötige Material zu der bevorstehenden Plenarsitzung bringen soll. 7274

Freie Aussprache.

Der Einberufer.

Deutscher Arbeiter-Abteilungen-Bund.

Ortsgruppe Karlsruhe.

Am Montag, 16. Februar, abends 7/9 Uhr, im Reformrestaurant Kirten, Kaiserstraße 56, 2. St.

öffentlicher Vortrag.

Herr Fischer spricht über: „Erfahrungen aus der Trinker-Fürsorge.“ Jedermann ist freundlichst eingeladen. 7254

Hotel Grüner Hof Bier-Restaurant Grünwald

Eingang Rüppurrer- und Kriegstrasse : und Stehwagen Eingang Rüppurrer- und Kriegstrasse :

Ab Samstag, den 14. Februar 1914 kommt das

Albertus-Bräu

aus der Brauerei A. Printz zum Ausschank.

Sonntag, den 15. Februar 1914, nachmittags ab 4 Uhr

Starkbier-Fest KONZERT

von einer Abteilung der Kapelle des Artillerie-Regiments „Grossherzog“ Nr. 14.

Reichhaltige Küche. Spezialität: Hausgemachte Bockwürste mit Kraut.

Eintritt frei. 7270

Pferdefleisch



Bringe auf Samstag fettes junges (fünfjähriges) zum Verkauf. 7279

Mühlburger Pferdefleischerei Nupert Schneider, Rheinstraße Nr. 56.

Schluss

meines

Räumungs-Ausverkaufs

Große Geldersparnis für jedermann. Nur Qualitätsware.

Samstag 14. Febr.

Winterschuhe in vielen Ausführungen enorm billig.

500 Paar Tanzschuhe zu Schleuderpreisen.

Schuhhaus Korintenberg

Kaiserstr. 118 Grösstes und leistungsfähigstes Schuhhaus Süddeutschlands.

Hoepfner Doppel-Bock

vorzügliches Starkbier aus edelstem Malz u. Hopfen

kommt bis auf weiteres in nachstehenden Wirtschaften zum Ausschank:

Alte Brauerei Hoepfner, Kaiserstr. 14, Hopfenblüte, Kaiserstr. 39, Blume, Birkel 28, Burghof, Karl-Wilhelmstr. 50, Grüner Baum, Kaiserstr. 3/5, Haus, Rheinhofen, Zum gold. Kreuz, Kaiserstr. 20a,

In Flaschen direkt aus der Brauerei oder die durch Plakate bezeichneten Verkaufsstellen.

Note Taube, Kriegstr. 188, Drachen, Karl-Wilhelmstr. 10, König v. Württemberg, Jähringerstr. 53, Prinz Ludwig, Rüppurrerstr. 28, Gewerkschaftshaus, Kaiserstr. 13/15, Kaiser Friedrich, Kriegstr. 86,

„Zum Schildbürger“

Sonntag, den 15. Februar d. J., in den festlich decorierten Räumen

Großes Starkbierfest.

Ausschank von ff. Bertold-Bräu.

Ab 4 Uhr Konzert.

Es ladet freundlichst ein August Anti, Metzger u. Wirt.

Herren-Hüte

zum Ausschank zum Spottpreis à Mk. 1.50

nur solange Vorrat, zu verkaufen in

Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft Kronenstrasse 52.

Bettstelle mit gut. Post und Wolfer 10 M., Schrank zum ab-schlagen 20 M., Bockstisch, Obal-tisch 8 M., 8 komplette Betten, bereits neuer Schreibtisch sehr billig. 7284 Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Erdbeerschnitzlinge (Emanas), schlagen 20 M., Bockstisch, Obal-tisch 8 M., 8 komplette Betten, bereits neuer Schreibtisch sehr billig. 7284 Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Platen (neue Methode) billig zu verkaufen. Durlach, Postortstr. 43, 2. St.

Bett wenig gebraucht, sowie ein Divan billig zu ver-kaufen. Kaiserallee 45 II. 7283

500-Mark-Creffer

und viele kleinere kamen aus der Stuttgarter und Badener Lotterie an meine werthe Kunden-schaft und werden sofort aus-bezahlt oder getauscht gegen Karlsruhe Luftloose, Ein-delmer, Säugling à 1 M., 11 Stück 10 M., Nähhauser à 50, Bockfabrik à 3.80, Rothens-burger à 3.—. 7282

Carl Göz,

Geiselstr. 11/15, 5. Rathhaus.

Größere Posten Herrenkleider-stoff-Reste

sind enorm billig abgegeben Kaiserstr. 133

1 Treppe hoch 7283

Ede Kaiser- und Kreuzstraße, Eingang bei der kleinen Kirche.

Reisender, Hausierer

gegen hohe Provision sofort gesucht. Gangbarer Artikel. Kautions 10 Mark. Vorzuleiten 1-3 Uhr mittags. 7287

Hartstr. 4 b, 2. Stock.

Metropol-Kino

Schillerstraße 22

Heute

Schlußtag

der

Großen Woche!

Voranzeige!

Ab Samstag:

Der

Totenkopf-Husar!!!

Ergreifende Karnevals-tragödie!

Eine Sensation!

Einlage:

Das rosa Pantöffelchen

Reizendes Lustspiel in 2 Akten. 7248

Carl Pfefferle

nur Erdbringerstraße 23 nur Telefon 1415 empfiehlt schiefische

Riesen-Hasen

auch zerlegt in allen Teilen große Wild-Kaninchen 7180 p. St. 1.20-1.50

Edel-Hirsch

Rüden im Aufsch. p. 8.00-1.10 Schlegel ... 90-1.10 Bug ... 80 3 Nagut ... 60 3

junges Damwild

Rüden i. Aufsch. p. 4 1.20 Schlegel ... 1.20 Bug ... 0.80 Nagut ... 0.60

Rehe

Rüden und Schlegel in allen Preislagen

Büge u. Ragout.

Wild-Geflügel jeder Art ff. Tafel-Geflügel

Fluß- und Seefische

Fischräucherwaren und Marinaden

in bekannter Güte und billigstem Tagespreis.

Reißbrett zu kaufen gesucht. Zu erf. Kaiser-Allee 93, Gartenhaus 1. St.

Freitag - Samstag - Montag

„Weisse Woche“

Freitag - Samstag - Montag

Restbestände angestaubte Waren einzelne Stücke ::

zu Sonder-Preisen!

Damen-Hemden

Damen-Hemden, vorzügl. Qualit., mit Stickerei **1.45**
 Damen-Hemden, besonders reiche Stickerei **1.75**
 Damen-Hemden, elegant bestickt, mit Feston **2.25**
 Damen-Hemden, vorzügl. Stickerei und Einsatz **2.65**

1 Posten
Damen-Hemden
 leicht angestaubt und einzelne Stücke sonst weit teurer
1.30
 jedes Stück

Damen-Beinkleider

Damen-Beinkleider mit Einsatz und Stickerei **1.45**
 Damen-Beinkleider la Qualität mit Feston **1.65**
 Damen-Beinkleider mit hübscher Stickerei **1.70**
 Damen-Beinkleider mit breiter Stickerei **2.35**

1 Posten **Beinkleider**
 leicht angestaubt und einzelne Stücke sonst weit teurer
 jedes Stück
1.25

Untertaillen

Untertaillen mit Einsatz und Stickerei **85**
 Untertaillen mit Klappspitzen **1.15**
 Untertaillen mit Stickerei und Einsatz **1.45**
 Untertaillen m. Stickerei-Eins. u. Valenciennespitz. **1.90**

1 Posten **Untertaillen**
 leicht angestaubt und einzelne Stücke sonst weit teurer
 jedes Stück
95

Bett-Wäsche

Kopfkissen mit Stickerei **65**
 Kopfkissen, vorzügliche Qualität **95**
 Betttücher, Halbleinen ca. 150/220 cm **2.45**
 Oberbetttücher **2.95**

Herren-Artikel

Selbstbinder, moderne Dessins **35**
 Kragen, ca. 20 Formen 50 40 **35**
 Ball-Hemden, elegante Ausführungen **4.25**
 Servileurs, weich und gestärkt **45**

Trikofagen

Damen-Unterjacken, gute Qual. **95**
 Herren-Unterjacken, besonders preiswert **75**
 Herren-Normalhemden, 1 Posten jedes Stück **1.25**
 Kinder-Unter-Anzüge, verschiedene Grössen **55**

Ball-Artikel

Seldene Socken, schwarz und farbig **1.10**
 Seldene Strümpfe, schwarz und farbig **1.70**
 Ball-Handschuhe in Seide, 12-16 Knopf **1.90**
 Ball-Handschuhe, weiss und schwarz **55**

Stickereien

Feston und Stickereien für Hemden, Coupon ca. 4,10 u. 4,50 m **85**
 Stickerei-Einsätze, breit Coup. 4,10 u. 4,50 m **1.65**
 Stickerei-Einsätze, beste Ausführungen, Coup. à 4,10 und 4,50 m **2.25**
 Naturell-Stickereien feinste Qual. **2.25**

1 Posten **Stickereien und Einsätze**
 Stücke ca. 4,10 Mtr.
52

Klöppel-Spitzen

Klöppelspitzen u. Einsätze Handarbeit **75**
 Klöppelspitzen u. Einsätze Handarbeit **85**
 Leinenspitzen u. Einsätze imit. Klöppel **18**
 Leinenspitzen u. Einsätze imit. Klöppel **40**

1 Posten **Stickereien und Einsätze**
 Coupon, à 4,10 Mtr.
95

Modewaren

Jabots zum Ausschusen **38**
 Kinderkragen **45**
 Valencienn-Plains **60**
 Tüll-Plains, weiss und creme **1.45**

1 Posten **Stickereien und Einsätze**
 Coupon, à 4,10 und 4,50 Meter
1.35

Weisse Kinderkleider

Weisse Stickerei- und Batist-Kinderkleidchen **1.95**
 Stickerei-Kleidchen, weiss **2.90**
 Stickerei- und gestickte Mull-Kleidchen **3.25**
 Stickerei- und Batist-Kleidchen weiss **4.90**

Korsetts

Korsetts, lange Fassung, mit Strumpfhaltern **1.90**
 Korsetts, Directoire-Fassung, mit und ohne Strumpfhaltern **2.25**
 Korsetts, gestreift Drell, Directoire-Fassung **2.90**
 Korsetts mit waschbarer Einlage streng modern **4.25**

Schürzen

Blusen-Schürzen mit Taschen **95**
 Blusen-Schürzen, hübsche Dessins **1.10**
 Kleider-Schürzen mit Tasche **2.75**
 Zier-Schürzen mit Träger **95**

Tisch-Wäsche

Einzelne Servietten **25**
 Servietten, gute Qualität **1.90**
 Tischtücher in versch. Grössen **1.00**
 Tischzeug, weiss, Stickerei la Halbleinen **1.75**

Taschentücher

Batist-Taschentüch., farb. Rand u. Buchst. **1.45**
 Taschentücher, in versch. Qualit., mit Buchstaben **95**
 Taschentücher, weiss, für Herren **95**
 Taschentücher, weiss, für Damen **65**

1 Post. **Flock-Croisé und Piqué**
 weiss, la Qualität jeder Meter
65

Weisswaren

Damaste, weiss, ca. 130 cm br **65**
 Damaste, beste Qual., weiss farb., ca. 130 cm **1.35**
 Hemdentuche, weiss ca. 82 cm breit **28**
 Prima Macco-Tuche und imit. **55**

1 Posten **Biber-Betttücher**
 Cöper weiss mit und ohne Rand jedes Stück
1.70

Weisswaren

Halbleinen, ca. 82 cm br **55**
 Reinleinen, ca. 82 cm br. **1.35**
 Halbleinen, 150 u. 160 cm breit **78**
 Reinleinen, ca. 160 cm br. **2.45**

1 Posten **Bettuch-Crefonne**
 ca. 160 cm breit extra schwer jeder Meter
1.15

Reste und Coupons in Weisswaren

Crefonne, Renforcé, Maccotuche und Damaste, weiss und farbig

Posten I **38** Meter
 Posten II **50** Meter
 Posten III **65** Meter
 Posten IV **85** Meter

Reste u. Coupons in Blusenstoffen

Sportflanelle, Veloutine, Satinflanelle und Blusenflanelle

Posten I **35** Meter
 Posten II **58** Meter
 Posten III **75** Meter
 Posten IV **95** Meter

Angestaubte Taschentücher

grösstenteils mit Hohlraum

Batist-Taschentücher in weiss, glatt und mit hübschem weissem Rand
 Posten I **45**
 Posten II **60**

Aussteuerhaus

Landauer

Kaiserstr.
Ecke
Lammstr.